



Gorleben Rundschau

Wir sind die Wendeln: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

IV-VI/2024 • # 1091



Unvollständig

Vor einem Jahr wurde der letzte Atommeiler vom Netz genommen. Dennoch bleibt der Ausstieg aus der Kernkraft unvollendet. Deutschland ist im Atomgeschäft immer noch hoch aktiv.

Unanständig

Mit dem Gesamtkonzept Elbe sollen Ausbau und Vertiefung des Flusses zugunsten der Wirtschaft und zulasten der Umwelt vorangetrieben werden. Dabei gibt es gar keinen Bedarf (mehr).

Unbekannt

Dass im Gorlebener Forst seit zehn Jahren ein Schiff steht, ist weithin bekannt. Nur wenige wissen aber, dass die BELUGA viel enger mit der BI verbunden ist, als angenommen.

Im Jahr 1900 war ein Drittel aller Fahrzeuge auf der Straße elektrisch betrieben. Ferdinand Porsche stellte 1898 ein Elektrofahrzeug namens „P“ her, bevor er das erste Hybridfahrzeug der Welt entwickelte, das sowohl mit Strom als auch mit einem Verbrennungsmotor angetrieben wurde. Auch Mercedes-Benz bot ein Elektromodell an, den Mercedes Mixte. Dieses Auto wurde in den Städten als Taxi eingesetzt und 1907 sogar als Rennwagen. Mit der Einführung des seriengefertigten Benzinmotors durch Henry Ford um 1920 verschwand der E-Antrieb rasch.



Foto Cover: Sjoerd Leis; Foto S. 2: EVStorries/Wortwilde; Foto S. 3: PubliXViewing

Impressum

46. Jahrgang
Ausgabe 1091
April, Mai, Juni 2024

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)
Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Wilma Wallat (ww)

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektorat: Wilma Wallat

Druck, Papier, Farben
dieUmweltdruckerei GmbH, Hannover
Papier: Recycling-Premiumweiß, FSC-Recycled
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Martin Donat ist Vorsitzender
der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Bei allen eindeutigen Antworten, die wir meinen, auf die Krisen und Kriege unserer Tage geben zu können, sollten wir auf keinen Fall übersehen, dass wir die Grenzen des Wachstums längst überschritten haben. 52 Jahre, nachdem der Club of Rome seine apokalyptischen Voraussagen erstellte, sind ein Großteil der Jahrhundert-Prognosen bereits irreversibel eingetreten. Jedes Wirtschaftswachstum, das Volkswirtschaften sich jetzt noch genehmigen wollen, geht zwangsläufig auf Kosten von Menschen im „globalen Süden“ oder unserer gemeinsamen natürlichen Grundlagen. Den „Erdüberlastungstag“, an dem die Ressourcen aufgebraucht sind, erreichen wir dieses Jahr in Deutschland bereits am 2. Mai.

Dabei sollte Wirtschaftswachstum als solches eigentlich dem sozialen Frieden dienen. Ist nämlich der Kuchen als ganzes größer, fallen auch mehr Krümel vom Tisch. Trotzdem geht allerdings die Schere im Lande unaufhörlich weiter auseinander und besonders betroffen sind Kinder und Alleinerziehende. Wer also Wirtschaftswachstum thematisiert, kommt nicht umhin, auch soziale Ungerechtigkeit anzuklagen.

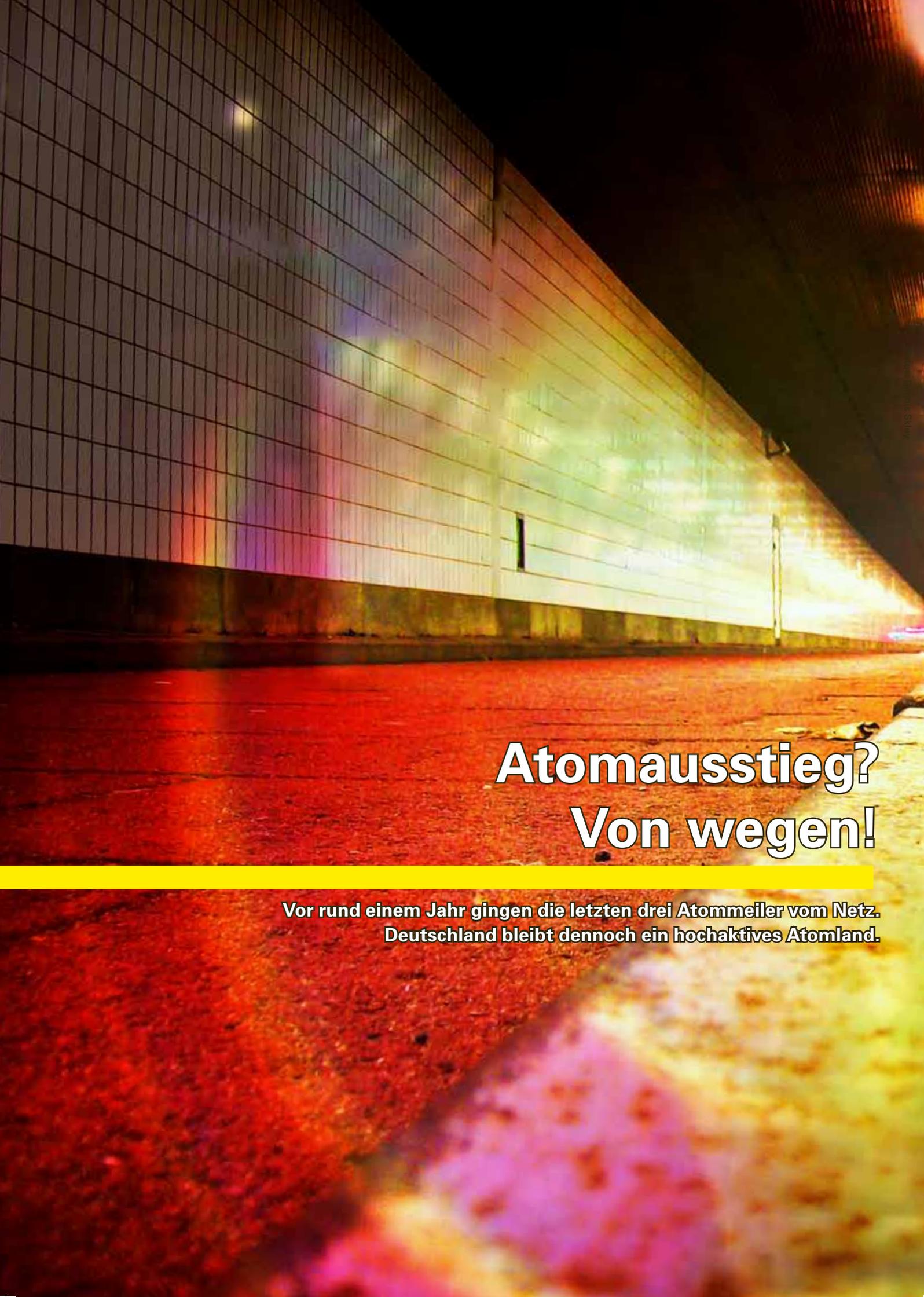
Mit dem ökologischen Strukturwandel und der Effizienzrevolution der Jahrtausendwende kam auch der europäische „Green deal“. Aber jüngere Studien belegen: „grünes Wachstum“ ist ein Widerspruch in sich. Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch lassen sich auch bei bestem Willen nicht vollständig entkoppeln. Wer mehr Geld hat, verbraucht

eben auch mehr. Die Republik Moldau beispielsweise erreicht den Erdüberlastungstag dieses Jahr erst am 28. Dezember.

Mit Atomkraft hat das zwar auf den ersten Blick nichts zu tun. Aber im aktuellen Dilemma, die Klimaziele mit der Wohlstandserwartung der Menschen in Einklang zu bringen, greifen diejenigen, die ihre satten Pfründe nicht teilen wollen, auf die altbackenen Nebelkerzen und Wundertechnologien des kalten Krieges zurück. Ihnen geht es aber nur darum, den politischen Gegner irgendwie schlecht dastehen zu lassen. Wirkliche Alternativen haben sie nicht im Gepäck. Realistisch wäre ein Wiedereinstieg auf keinen Fall und wirtschaftlich wäre er Selbstmord.

Dabei war 1963 die „friedliche Nutzung der Atomkraft“ eine gemeinsame Erfindung der Hegemonialmächte USA und Sowjetunion, um ihren Partnern und Vasallen die Stationierung von Mittelstreckenraketen durch den Bau von Atomkraftwerken schmackhaft zu machen.

Japan brauche Atomkraft aus „geopolitischen Gründen“ sagte auch der atomfreundliche japanische Premier Shinzo Abe noch 2013 bei unserem Besuch in Hiroshima und der vorher abgesetzte, atomkritische Naoto Kan, Premier in der Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011, sagte 2016 nach einem Besuch anlässlich des Literaturfestivals „Lesen ohne Atomstrom“ im Uran-Umschlaghafen Hamburg: „Nuclear power? It's always the bomb!“.



Atomausstieg? Von wegen!

**Vor rund einem Jahr gingen die letzten drei Atommeiler vom Netz.
Deutschland bleibt dennoch ein hochaktives Atomland.**



Deutschland hat abgeschaltet, und die Lichter sind nicht ausgegangen, die Erneuerbaren boomen, die Strompreise sinken. Dass der Atomausstieg in Deutschland trotzdem längst nicht allumfassend vollzogen ist, liegt an Atomanlagen, auf die nur selten ein Schlaglicht fällt, und an Politiker:innen, die Konsequenz vermissen lassen. Zugegeben, es gibt in Deutschland auch Menschen, die sogar von einer Renaissance der Atomkraft, vom Wiederaufleben eines Atomprogramms träumen. Ihnen verdanken wir Meldungen wie die über den Neubau eines Dual-Fluid-Reaktors am Chemiestandort Leuna für nur eine Milliarde Euro. Die Idee einer Rückkehr der Atomenergie freut die FDP-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, nur: Der aktuelle Kurs für neue Reaktoren liegt weltweit irgendwo zwischen 15 und 50 Milliarden Euro. Glück Auf, Leuna! Oder die Meldung der bayerischen Landesregierung, sie habe begonnen, ihren „Masterplan zur Förderung der Kernfusion und neuartiger Kerntechnologien“ umzusetzen. Die „Pionierarbeit“, die der Freistaat laut dessen Regierung dabei leisten werde, solle die Fusionsforschung in Deutschland und Europa antreiben. Ehrenwert, nur sollte man in Bayern bedenken, was das *Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung* (BASE) schreibt: „Die Kernfusion befindet sich im Stadium der Grundlagenforschung. Weltweit existiert bis heute kein Versuchsreaktor, der mittels Kernfusion mehr Energie erzeugt als verbraucht, oder gar Strom erzeugen könnte. Es ist derzeit unmöglich, verlässlich zu prognostizieren, wann und ob ein erstes kommerzielles Kraftwerk zur Stromerzeugung realisiert werden kann.“ Glück Auf, München! Träumereien hin, Visionen her – dass der Atomausstieg in Deutschland längst nicht allumfassend vollzogen ist, liegt an ganz konkreten Einrichtungen und Umständen, deren Abschaffung offenbar genauso mühsam zu erstreiten ist wie die Aufgabe Gorlebens als gesetzter Standort für ein Atomüll-Endlager oder der fortgesetzte Betrieb von zig Atomkraftwerken. Im Folgenden zeigen wir auf, in welchen Bereichen sich die Anti-Atom-Bewegung aktuell engagiert, um den Ausstieg rund zu machen.

Deutsche Urandienstleistungen



Nach der Stilllegung der bundesdeutschen Atomkraftwerke ist die Urananreicherungsanlage in Gronau weiterhin unbefristet in Betrieb. Mehr noch: In der Anlage, die zum URENCO-Konzern gehört, laufen Planungen, im Rahmen bestehender Genehmigungen die Jahresproduktion sogar zu erhöhen.

Aus Antworten der Atomaufsicht in Düsseldorf auf Fragen der Internet-Informationsplattform *umweltFAIRaendern* wird deutlich: Das grüne Wirtschaftsministerium als Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde über die Uranfabrik in Gronau ist weit davon entfernt, den Atomausstieg durchzusetzen. Im Gegenteil: URENCO – nicht nur in Gronau – ist auf Expansionskurs.

Neben der Inbetriebnahme eines neuen Uranlagers und weiterer Anlagenteile, sollen in der Urananreicherungsanlage (UAA) im nordrhein-westfälischen Gronau möglichst schnell neue Zentrifugen eingebaut werden, mit denen das für eine nukleare Kettenreaktion spaltbare Uran 235 angereichert werden kann. Einzelheiten sind Geheimsache, weil diese Technik unkontrolliert dazu in der Lage ist, atomwaffenfähiges Uran herzustellen.

Nordrhein-Westfalen wird damit immer mehr zum Focus einer aktuellen Atom-Kontroverse. Die Uranfabrik in Gronau ist weiterhin unbefristet in Betrieb und die Grünen weder in der Bundesregie-

rung noch in NRW lassen erkennen, dass sie weiterhin eine Stilllegung anstreben. Immerhin versorgt die UAA in Gronau weltweit Atomkraftwerke mit Uranbrennstoff und trägt damit zu den Risiken einer nuklearen Katastrophe bei.

URENCO ist ein dreistaatliches Unternehmen und betreibt Anreicherungsanlagen in Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und in den USA. Am deutschen Standort in Gronau hatte das Unternehmen jüngst die Kommunalpolitik über die in nächster Zeit geplanten Maßnahmen informiert. Dazu hatte URENCO im „Ausschuss für Bauen, Planen und Denkmalschutz“ die mittelfristig geplanten Investitionen am Standort Gronau vorgestellt. Unternehmens-Vertreter vertraten einen deutlichen Pro-Atomkurs und kritisierten den bundesdeutschen Atomausstieg als isoliert. Hintergrund für die geplante Expansion dürfte sein, dass nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine die westlichen Staaten zwar keine Sanktionen gegen Uran aus Russland verhängt haben, aber

mittelfristig den Plan verfolgen, von russischen Urandienstleistungen für die Atomstrom-Erzeugung unabhängig zu werden. Davon dürfte URENCO mit seinen Anreicherungsfabriken profitieren, in Europa, aber auch in den USA.

Zwei Tage nach der Ausschusssitzung berichteten die *Gronauer Nachrichten* über die Kritik des *Arbeitskreises Umwelt (AKU)* gegen die Erweiterungspläne bei URENCO Gronau: „Den geplanten Bau einer Halle, in der alte Uranzentrifugen gelagert werden sollen, lehnt der AKU ab. (...) Der AKU Gronau, das *Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen*, der *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)* und weitere Initiativen und Verbände kritisieren zudem, dass es für die Urananreicherungsanlage in Gronau bisher keine Laufzeitbegrenzung gibt.“

Quellen
umweltFAIRaendern.de
Gronauer Nachrichten
AKU Gronau

Im niedersächsischen Lingen könnte ein deutsch-französisch-russisches Firmenkonglomerat entstehen und den vollständigen deutschen Atomausstieg weiter konterkarieren. Nebenbei würde die Kooperation weitere Millionen in Wladimir Putins Kriegskasse spülen.

Atomausstieg? Nicht bei Brennelementen!

Support für Putin?

Durch eine französisch-russische Kooperation könnten künftig Brennelemente für osteuropäische Atomkraftwerke in der Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen gefertigt werden. Die Anlage wird von der *Advanced Nuclear Fuels GmbH* (ANF) betrieben. Sie ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der französischen *Framatome GmbH*. Durch eine Unternehmenskooperation mit dem russischen Staatskonzern *Rosatom* soll die Produktion in Lingen deutlich hochgefahren werden. Der Antrag auf Erweiterung wurde vom ANF-Konzern beim niedersächsischen Umweltministerium als Genehmigungsbehörde eingereicht. Der dortige Umweltminister Christian Meyer hat angekündigt, den Antrag sehr genau zu prüfen. Angesichts der Tragweite für die innere und äußere Sicherheit plant auch das Bundesumweltministerium eine Bundesaufsichtliche Prüfung.

Trotz des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine konnten sich die EU-Staats- und Regierungschefs bislang nicht auf Sanktionen gegen Russland im Nuklearsektor einigen. Neben Frankreich waren die Slowakei, Bulgarien und Ungarn dagegen. Durch die geplante Kooperation in Lingen droht nun die Abhängigkeit von Russland weiter zu wachsen. Zwar kauften die Staaten ihre Brennelemente dann nicht mehr aus Russland, sondern aus Deutschland, letztlich würden sie aber doch mithilfe Russlands produziert. Dabei droht ernstliche Gefahr, so die renommierte Atom- und Verwaltungsrechtlerin Dr. Michéle John in einem Gutachten der bundesweiten Anti-Atom-Organisation *.ausgestrahlt*: „Der Ein-

stieg *Rosatoms* gefährdet die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten – durch Möglichkeiten von Spionage, Sabotage und Desinformation. Bereits die bloße Möglichkeit einer solchen Gefährdung muss zur Ablehnung des Genehmigungsantrags führen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Auswirkungen in Deutschland oder in von Lingen belieferten Anlagen in anderen Ländern spürbar werden. Die geplante Lizenzproduktion wird zu einer unmittelbaren sicherheitsrelevanten Einflussnahme des russischen Staatskonzerns auf eine deutsche Atomanlage führen – mit potenziellen Folgen für ganz Europa.“ Gleichzeitig würde durch den Deal auf nationaler Ebene der deutsche Atomausstieg unterlaufen, was unter anderem der *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland* (BUND) strikt ablehnt. Dessen Vorsitzender Olaf Bandt erklärte kürzlich: „Deutschland sitzt bei der höchst fragwürdigen französisch-russischen Atom-Zusammenarbeit im Beiwagen und würde so die russische Kriegsmaschinerie mitfinanzieren. Angesichts des Kriegs gegen die Ukraine ist das nicht zu rechtfertigen. Russland und der Staatskonzern *Rosatom* sind alles andere als vertrauenswürdige Geschäftspartner. *Rosatom* hat unter anderem die gefährliche Besetzung ukrainischer Atomanlagen wie in Saporischja technisch ermöglicht. Anstatt dubiose Partnerschaften fortzuführen, muss die EU endlich auch Sanktionen gegen den russischen Atomsektor erlassen.“



Quellen
BUND
.ausgestrahlt

Atomausstieg? Nicht in der Wissenschaft!

Forschung für die A-Bombe?

Helfen deutsche Forschungsreaktoren bei der Entwicklung von Atombomben und Small Modular Reactors? Wer sich in der Gegenwart zurechtfinden will, muss die Vergangenheit kennen. Am Anfang der Nukleartechnik stand bekanntlich die Atombombe. Noch davor kamen die Forschungsreaktoren. Bevor die USA, die damalige Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und China ihre ersten Atombomben konstruierten, mussten sie funktionierende Forschungsreaktoren errichten, und den gleichen Weg schlugen auch alle anderen Staaten ein, die sich atomar bewaffnen möchten. Der Forschungsreaktor war also ursprünglich ein Militärreaktor. In den Atomwaffenstaaten hat sich bis heute nicht viel daran geändert, aber alle anderen Betreiber sind natürlich bemüht, ihre Forschungsreaktoren anders zu definieren: da werden sie als intensive Neutronenquelle für medizinische Zwecke, für Materialuntersuchungen und wissenschaftliche Experimente benötigt. Dementsprechend haben sie summa summarum einigen Nutzen, aber vor allem großen Schaden angerichtet.

Das lässt sich mit Bestimmtheit für die ehemaligen Reaktoren in den Kernforschungszentren von Karlsruhe, Jülich und Geesthacht sagen, die zum Glück inzwischen stillgelegt sind. Gleichwohl gibt es die Leute noch, die an diesen Reaktoren gearbeitet haben und sie schaffen es einfach nicht, das Umdenken nachzuvollziehen, das es in der Gesellschaft längst gegeben hat. Dementsprechend haben sogenannte Spitzenforscher aus den Kernforschungszentren – die ihre Namen allesamt eingegrünt haben, ohne ihr

Denken und ihre Arbeit zu verändern – im letzten Jahr für eine AKW-Laufzeitverlängerung plädiert. Diese Kreise sind und bleiben eine Tretmine für den Atomausstieg. Mehr noch: Sie sind eine Gefahr für die Demokratie in einem sehr direkten Sinn. Denn sie nähern sich mehr und mehr der AfD und ihren Parolen an.

Im Sommer dieses Jahres gab die *Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit* (GRS) einen Überblick über das Thema. Der Titel des Artikels transportiert einen trotzigsten Unterton: „Diese Reaktoren dürfen in Deutschland auch nach 2023 weiter betrieben werden“. Demnach sind noch 6 Forschungsreaktoren in Betrieb: der FRM II der Technischen Universität München in Garching ansässig, der Forschungsreaktor TRI-GA Mark II der Universität Mainz, drei Siemens Unterrichtsreaktoren (SUR) in Stuttgart, Ulm und Furtwangen sowie der AKR-2 in Dresden, wobei die Abkürzung Ausbildungskernreaktor bedeutet. Dabei handelt es sich um die bislang letzte kerntechnische Anlage in Deutschland, die eine Betriebsgenehmigung erhielt, nämlich im Jahr 2004 durch das sächsische Staatsministerium für Umwelt u n d

Landwirtschaft. Die vier Unterrichts- beziehungsweise Ausbildungsreaktoren benutzen Uran mit höchstens 20-prozentiger Anreicherung des spaltbaren Isotops U235. Gleiches gilt für den Mainzer Forschungsreaktor, der inzwischen 56 Jahre alt ist. Die Mainzer Kernchemiker haben sich dem pronuklearen Geschrei ihrer meisten Kollegen bisher nicht angeschlossen. Von dort gibt es gelegentlich auch atomkritische Publikationen. Wozu wir die vier Ausbildungsreaktoren in Stuttgart, Ulm, Furtwangen und Dresden heute noch benötigen, verriet die GRS nicht. Vielleicht weiß Wissenschaftsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) eine Antwort, vorausgesetzt sie hat überhaupt Kenntnis von diesen nicht eben billigen Einrichtungen. Und in Baden-Württemberg hat man anscheinend Angst davor, den Kleinreaktoren in Stuttgart und Furtwangen die Mittel zu

Fotos: Wikimedia, Mario Schmaifuß

Wegen seiner von Gerhard Weber entworfenen Kuppel – oft als Garchinger Atom-Ei bezeichnet

Forschungsreaktoren leisten keinen Beitrag zur Produktion nutzbarer Energie. Dementsprechend sind sie vergleichsweise klein, verbrauchen wenig Kernbrennstoff, verfügen weder über eine Turbine noch über einen Generator und erregen wenig Aufmerksamkeit. Mehr oder weniger unbeaufsichtigt und unbeheligt werden sie in Universitätsinstituten betrieben. Warum sollten wir uns für diese Maschinen mehr interessieren? Von Detlef zum Winkel

streichen, weil man dann wieder schnell als technikfeindlich verschrien wird.

Es bleibt der FRM II von München Garching als größter und leistungsstärkster Forschungsreaktor in Deutschland. Er ist gleichzeitig auch der umstrittenste und brisanteste, denn er verwendet waffenfähiges Uran als Brennstoff. Hierzu frohlockt die GRS, eine „Lösung“ sei in Sicht, weil das bayerische Wissenschaftsministerium im April 2023 einem Plan zugestimmt habe, den Meiler auf die Verwendung von niedrig angereichertem Uran umzustellen. Na schön, mag sich das Publikum denken, da rüsten wir immerhin ab. Aber das ist alles andere als schön, sondern: eine Sauerei. Die weltweite Verwendung von waffenfähigem Uran in Forschungsreaktoren wurde schon in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts problematisiert,

d a s

heißt vor fünfzig Jahren. Um dem gefährlichen Treiben ein Ende zu setzen, erließ der damalige US-Präsident Carter ein Verbot, hochangereichertes Uran aus den USA zu exportieren. Mittlerweile sind sieben weitere US-Präsidenten durch das Weiße Haus gegangen, und Jimmy Carter könnte sogar dieses Jahr seinen 100. Geburtstag feiern. Doch den Erfolg dieses Projekts wird er nicht erleben. Hartnäckig widersetzen sich die sogenannten Forscher, ob in Teheran, Buenos Aires, Mumbai (Bombay) oder München, ganz zu schweigen von den sogenannten Forschungseinrichtungen in den Atomwaffenstaaten, einem Verzicht auf den Bombenstoff.

Das heißt: Die bayerische Landesregierung und die Leute in Garching hätten ein halbes Jahrhundert Zeit gehabt, Pläne zur Umrüstung des FRM II auf niedrig angereichertes Uran umzusetzen – und haben es doch nicht getan. Und das wiederum heißt: Hier fehlt es nicht am Können, sondern am Willen. Jetzt einen neuen Plan zu verkünden, mit dessen Realisierung man es in München auch nicht gerade eilig hat, ist reine Augenwischerei, und es ist bezeichnend,

dass solche schmutzigen Manöver von der GRS begrüßt werden, ohne ein Wort über die Sauerei der letzten 50 Jahre zu verlieren. Jawohl, ich drücke mich drastisch aus, damit ich verstanden werde. Soeben hat Dirk Seifert auf seiner Webseite *UmweltFAI-Rändern* bekannt gemacht, dass im Sommer neue Brennelemente mit über 90-prozentiger Anreicherung nach Garching geliefert wurden. Mit diesen Brennelementen soll der Reaktor, an dem derzeit Reparaturarbeiten vorgenommen werden, in diesem Jahr wieder angefahren werden. Alles geht weiter wie gehabt.

Die Frage ist, warum sie das tun, wozu diese Verschwendung von Ressourcen bei allgemeiner Klage über den Fachkräftemangel? Garching hofft, mit dem Hype um die Small Modular Reactors (SMR) einen neuen Daseinszweck zu erhalten. Denn die Physik setzt einen klaren Rahmen: Je kleiner ein Reaktor, desto höher muss sein Uran-Inventar angereichert werden, damit er überhaupt kritisch werden kann. Man kann einen Campingkocher nicht mit Kohletabletten betreiben, da braucht man schon ein Konzentrat, um das Feuer aufrecht zu erhalten. Daher ist es für Garching interessant, mit hoch angereichertem Brennstoff zu hantieren.

Eine andere Frage ist, an welchen internationalen kerntechnischen Projekten Garching teilnimmt und mit welchen hochseriösen und absolut friedfertigen Partnern man da zusammenarbeitet.

Denn das Wort Proliferation ist in der bayerischen Landessprache nicht enthalten. Es wurde schon von Frank-Josef Strauß aus dem Wortschatz des Freistaats gestrichen.

Atommüll-Tetris



Atomkraftgegner:innen trafen im März in Jülich auf NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne): Protest gegen die größte Castor-Lawine aller Zeiten, die mit Billigung der grünen Bundesumweltministerin bald durch NRW rollen könnte.

Mit dem Aus von Gorleben und dem Abschalten sämtlicher Atomkraftwerke in Deutschland ist die Zeit der Atommülltransporte noch längst nicht vorbei. Ständig und überall im Land rollt schwach- und mittelaktiver Abfall von A nach B und C. Nun soll es sogar wieder die berühmten Castortransporte mit hochradioaktivem Abfall geben.

Mit Hochdruck bereitet derzeit die *Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN)* 152 Castortransporte aus dem Zwischenlager Jülich ins Zwischenlager Ahaus vor. Es ist ein Paradebeispiel für den planlosen Umgang mit dem deutschen Atommüll: Das Lager in Ahaus ist eines der unsichersten in ganz Deutschland, seine Genehmigung erlischt schon in wenigen Jahren. In einem heutigen Sicherheitsanforderungen entsprechenden Neubau in Jülich wäre der strahlende Müll viel besser aufgehoben. Dabei erklärte die schwarz-grüne NRW-Landesregierung im Sommer 2022 ihre Absicht, in Jülich den Bau einer neuen Lagerhalle voranzutreiben. Unternommen hat sie in dieser Hinsicht jedoch bisher zu wenig. Stattdessen gibt die JEN Richtung und Tempo vor. „Die will den Atommüll bloß so schnell wie möglich loswerden“, erklärt Marita Boslar vom Aktionsbündnis *Stop Westcastor*. „Nur so lässt sich erklären, warum sie sich seit Jahren nicht ernsthaft darum bemüht, den genehmigungslosen Zustand beim bestehenden

Jülicher Lager zu beenden. Angemahnte Unterlagen reicht die JEN nicht oder erst nach jahrelanger Verzögerung ein. Den Bau eines neuen Lagers in Jülich hat sie von Anfang an boykottiert – trotz aller Beteuerungen, diese Option gleichberechtigt zu verfolgen. Dabei würde der Neubau 152 sinnlose Castortransporte vermeiden – und könnte heute längst stehen.“ Mit den Transporten würde man ein großes Risiko eingehen, meint Hartmut Liebermann von der Bürgerinitiative *Kein Atommüll in Ahaus*. „Hinzu kommt, dass die Betriebsgenehmigung für das Ahauser Lager bereits in 12 Jahren ausläuft und die Stadt gegen die Einlagerung der Castorbehälter aus Jülich klagt. Nicht zuletzt müssen die Brennelementkugeln aus Jülich vor der ‚Endlagerung‘ noch vorbereitend behandelt werden. Dafür ist und bleibt die JEN zuständig – und da diese sogenannte Konditionierung in Ahaus aus technischen und rechtlichen Gründen nicht möglich ist, könnte das Lager dort nur eine Zwischenstation sein. Wenn alles mit rechten Dingen zugeht, müsste

der Müll nochmals an einen anderen Ort transportiert werden, möglicherweise sogar zurück nach Jülich.“

Kerstin Ciesla vom BUND NRW mahnt ein umfassendes Konzept für die Dauer-Zwischenlagerung an. Denn bis ein tiefeingeologisches Lager in Betrieb geht, werde es noch Jahrzehnte dauern. Weder die Castorbehälter noch die bestehenden Zwischenlager seien für derart lange Zeiträume konzipiert. „Die geplanten Transporte zeigen, dass die Bundesregierung noch immer kein Konzept für die Langzeit-Zwischenlagerung des Mülls hat. Ein jahrzehntelanges Hin- und Herschieben von einer Behelfslösung zur nächsten ist verantwortungslos angesichts des Risikos, das von dem hochgefährlichen Atommüll ausgeht.“

Quellen
Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich
.ausgestrahlt – gemeinsam gegen Atomenergie
BI „Kein Atommüll in Ahaus“
BUND NRW
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
S. 11: atomtransporte-hamburg-stoppen.de



Atomausstieg? Nicht im Hamburger Hafen!

Atomfracht ahoi

25 Atomtransporte mit Kernbrennstoffen, also angereicherterem Uran, an 18 Transportterminen rollten allein von September bis Dezember 2023 per LKW durch Hamburg. Darunter auch ein Atomtransport mit hochradioaktivem Material aus sogenannten bestrahlten Brennstab-Segmenten (bBSS). Hinzu kamen mindestens 17 weitere Atomtransporte mit radioaktiven Stoffen, die an Bord von Schiffen im Hamburger Hafen ankamen, entweder im Transit oder zur Umladung. Insgesamt wurden also allein im vierten Quartal des vergangenen Jahres 42 Transporte mit radioaktiven Frachten im Zusammenhang mit der Atomenergie im Hamburger Hafen umgeschlagen.

Im Schnitt passiert etwa alle drei Tage ein Atomtransport die Hansestadt. Viele der Atomtransporte erreichen Hamburg per Schiff und werden dann auf Zug oder LKW verladen. Die Veddel, Wilhelmsburg, die Hafen-City und Harburg sind die am stärksten betroffenen Stadtteile. Seit 2023 gibt es sogar Genehmigungen für den Umschlag von radioaktiven Stoffen für zwei neue Hafen-Terminals.

Beteiligt an den Atomtransporten sind neben den Reedereien mit den von ihnen genutzten Schiffen und den Speditionen sowie den jeweiligen Transport-Genehmigungsinhabern auch im engeren Sinne politische Akteur:innen wie beispielsweise der Hamburger Senat und die städtischen Hafenbetriebe.

„Sperrung des Hamburger Hafens und der städtischen Umschlagsbetriebe für alle Atomtransporte!“, fordert darum die Kampagne *Atomtransporte durch Hamburg stoppen*, die von zahlreichen Initiativen getragen wird, darunter das *Anti-Atom-Büro Hamburg*, *attac* und *Robin Wood*.



Über Hamburg werden zahlreiche unterschiedliche radioaktive Stoffe umgeschlagen. Vom Uranerzkonzentrat über das hochgiftige Uranhexafluorid bis hin zu fertigen Brennelementen aus angereicherterem Uran: Es gibt kaum einen Stoff der atomaren Produktionskette, der nicht per Schiff, LKW oder Zug durch Hamburg transportiert wird.



Zwischenlager in Gorleben

NiX ist OK

Atomausstieg? Nicht bei der Zwischenlagerung!

Der Umweltverband BUND fordert von Behörden und Politik ein solides Sicherheitskonzept für die Zwischenlager.

Alle deutschen Atomkraftwerke sind seit rund einem Jahr abgeschaltet, doch der Atommüll bleibt als radioaktives Erbe über Jahrmillionen erhalten und gefährdet weiter Mensch und Natur. Eine Studie im Auftrag des *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland* (BUND) zeigt, dass die Situation der 16 Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle immer noch teils hochproblematisch ist.

Planung und Forschung der *Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung* (BGZ) orientierten sich weiterhin an einem unrealistischen und veralteten Zeitplan beim Umgang mit Zwischenlagern, so der BUND. Es werde kein Endlager bis 2051 geben. Laut *Entsorgungskommission* (ESK) seien Zeiträume von bis zu 120 Jahren realistisch. Viele Zwischenlager müssen aus Sicht des BUND darum schnellstens nachgebessert werden. Es brauche ein solides, deutschlandweites Sicherheitskonzept. Das Bundesumwelt-

ministerium sei besonders gefordert, die Nachbesserungen zu veranlassen, es dürfe keinesfalls Genehmigungen auf der Grundlage alter Pläne einfach durchwinken. Der BUND-Vorsitzende Olaf Bandt sagte dazu: „Deutschland geht erschreckend unvorsichtig und konzeptionslos mit seinem Atommüll um. An allen 16 Standorten ist die Situation der Lagerung des strahlenden Mülls problematisch. Erst im nächsten Jahrhundert wird es ein Endlager für hochradioaktive Abfälle geben. Die Zwischenlager werden schleichend zu Langzeitlagern und sind dafür gar nicht ausgelegt. Deshalb dürfen die zuständige Gesellschaft BGZ und die politisch Verantwortlichen die Hände nicht länger in den Schoß legen und diese dramatische Entwicklung nicht weiter ignorieren. Gleichzeitig darf das Zwischenlagerproblem kein Argument für eine Beschleunigung der Atommüll-Endlagerung sein. Denn dann wäre die Suche zum Scheitern verurteilt.“

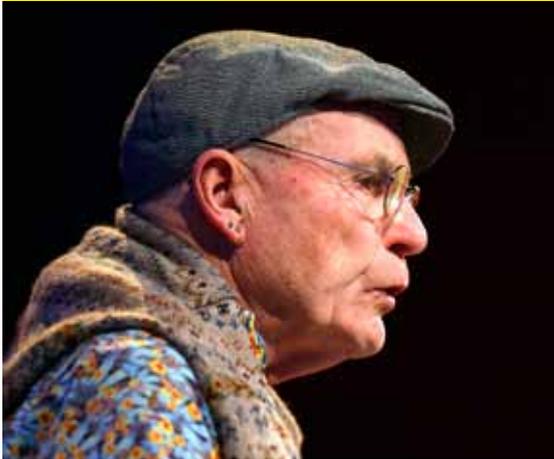
Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeige, so der BUND, welches Gefahren- und Drohpotenzial durch Atomkraftwerke und Atomanlagen entsteht. Sie seien Druckmittel und mögliche militärische Ziele. Solche Szenarien müssten Eingang in ein Sicherheitskonzept für die langfristige Lagerung finden.

Atomgutachterin und Studienautorin Oda Becker: „Zwei deutsche Zwischenlager besitzen seit Jahren aufgrund fehlender Sicherheitsnachweise keine gültigen Genehmigungen, sondern lagern die abgebrannten Brennelemente lediglich aufgrund aufsichtlicher Anordnungen. Es wäre fatal, aus diesen Fehlern nicht zu lernen und abzuwarten, bis eine derartige Situation an weiteren Standorten eintritt. Daher muss jetzt frühzeitig eine umfassende Überprüfung des gesamten Zwischenlagerkonzepts erfolgen.“

Susanne Gerstner, Landesvorsitzende BUND-Niedersachsen fügt mit Blick auf die Situation in Niedersachsen an: „Niedersachsen hat einen traurigen Spitzenplatz, was gescheiterte Konzepte für Atommülllager betrifft. Zwar wurde der von vornherein ungeeignete Standort Gorleben bei der Endlagersuche endlich aufgegeben. Bis heute gibt es jedoch keine Lösung für die Castor-Behälter, die in einer oberirdischen Zwischenlager-Halle neben dem Erkundungsbergwerk aufbewahrt werden. Hinzu kommt ein havariertes Atommülllager in der Asse, das weiter abzusaufen droht. Wir erwarten, dass Politik aus diesen Skandalen lernt! Nach wie vor steht jedoch der Planfeststellungsbeschluss für ein Lager in Schacht Konrad im Raum. Bereits zum Zeitpunkt der Genehmigung entsprach Schacht Konrad nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik. Der BUND fordert das Land auf, das Atommüllprojekt endlich aufzugeben und den Weg für eine transparente und wissenschaftlich basierte Standortsuche frei zu machen.“

Die Genehmigungen der Zwischenlager in Deutschland laufen zwischen 2034 und 2047 aus. Sechs Jahre vor Ende der Aufbewahrungsgenehmigung muss die zuständige BGZ den Verbleib der eingelagerten Brennelemente nachweisen. Für das Zwischenlager Gorleben ist das bereits im Jahr 2028.

Weder sicher noch gesichert



Zusammen mit vielen Verbündeten aus der Anti-Atom-Bewegung hat es die **Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI)** in jahrzehntelangem Kampf geschafft, Gorleben zu kippen. Seit Herbst 2020 ist klar, dass der ungeeignete Salzstock im Wendland niemals Endlager für Atommüll wird. Nun will die BI mit unverminderter Kraft zum Thema Zwischenlagerung weiterarbeiten. Andreas Conradt hat deren Pressesprecher, Wolfgang Ehmke, zu den Beweggründen befragt.

▷ **Ein Schwerpunkt der künftigen Arbeit der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg wird wohl die verlängerte Zwischenlagerung sein. Warum?**

Seit klar ist, dass die Endlagersuche deutlich länger dauern wird als bei der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes angenommen, wird man nicht mehr von einer Zwischenlagerung reden können. Wir steuern auf eine Langzeitlagerung zu. Es geht um weitere 100 Jahre, bis die 16 Zwischenlager mit hochradioaktiven Abfällen, die es in Deutschland gibt, geräumt werden können. Aber die Genehmigung für das Lager in Gorleben läuft 2034 aus, für Ahaus zwei Jahre später. Wir müssen uns folglich jetzt schon darum kümmern, zumal das Genehmigungsverfahren in zwei Jahren anläuft.

▷ **Immer wieder wird die Forderung auch aus eigenen Reihen erhoben, den in Gorleben lagernden Atommüll einfach abzutransportieren.**

Diesen Wunsch kann ja Jede:r nachvollziehen. Dem haben wir aber auf unserer Mitgliederversammlung Anfang März erneut deutlich widersprochen. Martin Donat, unser BI-Vorsitzender, hat an die Grundposition in der Anti-AKW-Bewegung erinnert, die lautet „Nichts rein – Nichts raus!“. Die Castorbehälter sollten nur noch ein einziges Mal bewegt werden, nämlich, wenn der feststeht, hin zu dem Endlagerstandort. Alles andere wäre ein unnötiges zusätzliches Risiko. Kurz: Wir vertreten nicht die Position „not in my backyard“, sondern sagen „safety first“.

▷ **Vor einer Einlagerung des Strahlenmülls müssen die Abfälle noch konditioniert werden, also endlagerfähig und -fertig verpackt werden.**

Richtig. Das kommt noch hinzu. Die Art dieser Verpackung hängt auch vom Wirtsgestein ab, also Ton, Salz, Granit. Das ist noch nicht entschieden, denn die End-

lagersuche befindet sich noch recht weit am Anfang. Theoretisch könnte man die Castorbehälter, die eigentlich nur für Transport und Lagerung vorgesehen sind, auch als Endlagerbehälter zulassen. Aber das wäre ein Hammer, weil dann korrodierendes Metall mit eingelagert und die Gasentwicklung bei einer tiefengeologischen Lagerung ein Riesenproblem würde...

▷ **Bleiben wir mal oben. Da lagern 1900 Behälter in diversen oberirdischen Hallen überall in Deutschland. Wie gefährlich ist das?**

Ich persönlich sehe das größte Problem darin, dass die Hallen keinen ausreichenden Schutz bieten gegen Flugzeugabsturz, Drohnen, Beschuss. Denkbar sind auch Sabotage, Geiselnahme, Erpressung, Cyberangriffe. Im Fachjargon wird der Komplex dieser Gefahren „Sonstige Einwirkungen Dritter“ (SEWD) genannt. Und im Kriegsfall kann man diese Hallen ohnehin nicht schützen.



Die verbliebenen Atomanlagen in Gorleben (v.l. n. r.): Pilotkonditionierungsanlage, Castorhalle und Lagerhalle für schwach- und mittelaktive Abfälle

Die *Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung* (BGZ) als Betreiberin redet sich damit heraus, das sei nicht ihr Metier, sondern Sache der Landesverteidigung.

▷ Die BGZ behauptet, dass die Hallen nur den Zugang zu den Behältern versperren und die Castoren möglichen „Einwirkungen“ wie Flugzeugabstürzen auch ohne weitere Umbauungen standhalten. Außerdem soll in Gorleben noch eine zusätzliche Mauer um die Halle gezogen werden. Reicht das nicht?

Langsam. Schritt für Schritt. Wenn es so wäre, warum haben dann die Zwischenlager, die zeitlich nach Ahaus und Gorleben errichtet wurden, deutlich dickere Wände erhalten?

Man unterscheidet das WTI-Konzept, da kommt man immerhin auf 70 bis 85 Zentimeter Wandstärke, und das STEAG-Konzept, da sind es sogar 120 Zentimeter. In Gorleben und Ahaus dagegen beträgt die Dicke der Wand am Boden nur 50 Zentimeter, nach oben verzünkt sie sich sogar auf nur noch 20 Zentimeter, die Decke ist auch nur 20 Zentimeter stark. Deshalb heißt die Halle im Anti-Atom-VoIXmund auch spöttisch „Kartoffelscheune“.

Zum Vergleich: In Lubmin an der Ostsee wird eine Castorhalle neu gebaut, bei der die Wandstärke 160 Zentimeter rundherum betragen wird. Das wäre unsere Zielmarke auch für die Halle im Wendland. Dazu kommt, dass sogar bei sieben der robusteren Lagern eine zusätzliche umlaufende Wand hochgezogen wurde. Diese Wände soll es auch in Gorleben und Ahaus geben, aber sie werden dagegen ein Witz: nur zehn Meter hoch, obwohl die Hallen 20 Meter hoch sind. Und nach oben bleibt sowieso alles offen. Die BGZ spricht davon, dass diese läppischen Wände in Ahaus und Gorleben Schutz gegen Nahkampf bieten werden, also das Eindringen in die Hallen verhindern sollen. Das ist doch realitätsfern!

▷ Was wäre denn die beste Art der Langzeitlagerung? Du hast wiederholt die Verbunkerung ins Spiel gebracht und ...

Ja, aber da musste ich mich auf der Mitgliederversammlung korrigieren. Unter Verbunkerung versteht man eine unterirdische, oberflächennahe Lagerung. Ich halte das eigentlich für richtig, aber für politisch nicht durchsetzbar. Selbst das Mindeste, das geboten ist, wird letztlich schwer

durchzusetzen sein: Die Hallen in Gorleben und Ahaus müssen mindestens eingehaust werden, das Sauberste wären Neubauten.

▷ Bezahlte werden Zwischen- und Endlagerung aus dem ohnehin schon viel zu kleinen *Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung* (KENFO), in den die alten AKW-Betreiberfirmen 24 Milliarden Euro eingezahlt haben. Endlagersuche, Langzeitlagerung der Castoren und aller anderen Arten von Atommüll – und jetzt auch noch Neubauten von Zwischenlagern? Wie soll das gehen?

Wenn es um die Forderung Neubau geht, dann zielt die auf die beiden Lager der ersten Generation, also Gorleben und Ahaus. Das ist meines Erachtens unausweichlich. Alles andere wäre ein Spiel mit dem atomaren Feuer. Eine Sofortmaßnahme wäre in jedem Fall ein Überflugverbot. Das gibt es an allen anderen Zwischenlagern, weil das auch AKW-Standorte waren. Nur nicht in Ahaus und Gorleben. Dass ein Neubau möglich ist, zeigt das Beispiel Lubmin/Greifswald. Interessant: Das ist kein BGZ-Projekt, da sind die Energiewerke Nord zuständig.

▷ **Es gibt aber auch Kritik aus den eigenen Reihen daran, dass du die Neubauten in den Vordergrund stellst.**

Richtig. Ich bin da erklärtermaßen einseitig, weil ich das Thema Sicherung der Anlage mit Blick auf die anstehende Neugenehmigung für sehr bedeutsam halte.

Geht es dagegen aber um die Sicherheit der Anlage, dann spielen natürlich ganz andere Aspekte eine große Rolle. Die habe ich zwar nicht vergessen, aber da passiert schon mehr. Die BGZ muss ja nachweisen, dass es in den Behältern mit abgebrannten Brennelementen keine Kettenreaktion gibt, dass keine Radioaktivität austritt, dass es ein Reparaturkonzept gibt. Sie hat dazu ein Forschungsprogramm aufgelegt, das wir kritisieren:

Die wollen nur nachweisen, dass in Gorleben und Ahaus und später an allen anderen Standorten, die sukzessive die Genehmigung verlieren, alles so bleiben kann wie bisher. Die „Fachgruppe Radioaktivität“ der BI hat dazu einen Forderungskatalog erarbeitet. Darin geht es um die Überwachung der einzelnen Behälter – man kann sich das ein wenig wie Fiebermessen vorstellen: Es reicht nicht, die Deckeldichtungen im Blick zu haben. Die große Frage ist, was passiert bei einer so langen Lagerzeit im Inneren den Behälter? Und sind die Behälter dann überhaupt noch transportfähig?

▷ **Muss man die Behälter nicht auch öffnen und Proben nehmen, um zu sehen, ob Hüllrohre zerstört sind oder bei den Kokillen das Glas versprödet ist?**

Ich fand das anfangs richtig, aber musste mich korrigieren. Wolfgang Kallen von unserer „Fachgruppe Radioaktivität“ meint ganz richtig: Was hat man davon, wenn man zum Beispiel feststellt, dass Hüllrohre in den Behältern mit abgebrannten Brennelementen zerbröseln sind? Ich weiß, dass einer unserer wissenschaftlichen Berater, Wolfgang Neumann von der Gruppe Ökologie Hannover, das Öffnen favorisierte. Das ist zumindest keine Sofortforderung. Vielleicht muss man in einigen Jahrzehnten, wenn es um die Konditionierung der Abfälle geht, das Thema noch einmal ganz neu anfasen. Denn erstens müssen diese

transportabel sein, wenn die Lager eines Tages geräumt werden. Das muss die BGZ bei der Neugenehmigung der Zwischenlager nachweisen. Zweitens müssen die Behälter eines Tages ohnehin geöffnet werden, weil die Abfälle endlagerfertig verpackt werden müssen.

▷ **Wenn Castoren doch geöffnet werden müssten, wäre dann nicht die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) mit ihrer heißen Zelle gleich neben dem Zwischenlager in Gorleben der beste Ort?**

Die Pilotkonditionierungsanlage war für das Umverpacken des Atommülls mit Blick auf das Endlager im Salzstock nebenan gedacht. Die Anlage entfällt nun, weil der Zweck entfallen ist und weil sie sicherheitstechnisch gar nicht mehr für derartige Experimente geeignet wäre. Die BGZ hat den Abriss der PKA bereits angekündigt.

▷ **Müsste bei einem so wichtigen Unterfangen wie der Langzeitlagerung nicht auch die Öffentlichkeit beteiligt werden?**

Unbedingt! Die Zwischenlagerstandorte müssen bei der Debatte um die Langzeitlagerung eine Stimme bekommen. Wir wollen einen Begleitprozess, in dem Kommunen, Umweltinitiativen und Verbände, Bürgerinnen und Bürger sich einbringen können. Die BGZ rühmt sich ihres „Standort-Dialogs“. Aber deren Veranstaltungen vermitteln eben nur Informationen, Beteiligung heißt aber Mitsprache, zum Beispiel wenn es um das BGZ-Forschungsprogramm geht.

Aus der Zivilgesellschaft kamen in der Vergangenheit immer wieder, ich will nicht sagen die besten, aber wertvolle Vorschläge, wenn es um Sicherheitsdefizite der Behälter und ihrer Lagerung ging.

▷ **Das sind viele Forderungen und die Zeit läuft...**

Ja, das wissen wir. Nicht unbedingt für uns. Wenn alles nichts nützt, wenn wir jetzt nicht gehört werden, müssen wir uns Gehör verschaffen, wie in alten Zeiten. Vor den Toren der Zwischenlager zuallererst. Und Geld zurücklegen für Klagen. Im Moment geht es auch darum, die politischen Entscheider zu erreichen. Und die sitzen in Berlin.



Sicherung

Im Zusammenhang mit Zwischenlagern sind damit zum Beispiel die Stabilität der Lagerhallen gemeint, die Wandstärken, aber auch die Frage, ob es ein Überflugverbot gibt.

Sicherheit

Im Kontext meint der Begriff Dinge wie Überwachung der Behälter, wissenschaftliche Begleitprogramme und eine Gesamtsicht auf alle 16 Zwischenlager.

Die Anti-Atom-Bewegung kritisiert den allzu sorglosen Umgang von Betreibern, Politik und Behörden mit beiden Kategorien.

Viel Sand, wenig Wasser, kein Bedarf

Seit Jahrzehnten wird über den Ausbau der sogenannte Elbe-Reststrecke zwischen Dömitz und Hitzacker an der Nordgrenze des Wendlands diskutiert. Lange Zeit haben insbesondere Verantwortliche des Hamburger Hafens den Ausbau dieses relativ unverbauten Teils der Elbe gefordert, um ganzjährige Schifffbarkeit von Containern ins Hinterland zu ermöglichen. Mittlerweile ist die *Hamburg Port Authority* von ihrer Forderung abgerückt, doch jenseits aller Zweifel über Sinn und Durchführbarkeit des Vorhabens lebt das Projekt in den Köpfen verantwortlicher Behördenmitarbeiter weiter. Von Dr. Erich Bäuerle

IM GESAMTKONZEPT ELBE (GKE), das im Jahr 2017 von zwei Bundesministerien und neun Bundesländern erstellt wurde, sind gemeinsame Ziele und Maßnahmenvorschläge zur künftigen Nutzung der Elbe formuliert worden, die im Laufe der kommenden Jahrzehnte umgesetzt werden sollen. Konsens herrscht dabei nur über die wenigsten Dinge. In der Einleitung zu einem Artikel über „die zukünftige Entwicklung der Elbe“ schreibt beispielsweise Prof. Dr.-Ing. Nils P. Huber von der *Bundesanstalt für Wasserbau* (BAW): „Die ökologische Weiterentwicklung der deutschen Binnenelbe zu einem guten öko-

logischen Zustand und einem günstigen Erhaltungszustand für Lebensräume und Arten sind zentrale, gesetzlich verankerte, gesellschaftlich breit unterstützte, von den Verantwortlichen vorangetriebene und auch von Seiten der Ingenieurwissenschaften als reizvoll wahrgenommene Ziele und Aufgaben. Flussbaulich herausfordernd ist dabei, eine Vereinbarkeit von ökologischen Zielen mit Nutzungsanfor-

derungen, insbesondere aus dem Verkehrswasserbau, zu erreichen. Denn die Wirkungen der für diese Ziele jeweils als günstig angesehenen Maßnahmen am und im Fluss stehen einander mitunter entgegen.“ Auch Umweltverbände kritisieren Teile des GKE und



wenden sich vor allem gegen die zu erwartenden negativen ökologischen Auswirkungen. So sind also längst nicht alle Ziele und Maßnahmen unumstritten. Huber spricht davon, dass eine „Überfrachtung von einzelnen Maßnahmen mit der Erwartung, die Defizite an der Elbe in größtmöglicher Breite und skalenübergreifend reduzieren und damit viele Ziele des GKE gleichzeitig adressieren zu können, (...) aufgrund des dynamischen Charakters von Flüssen vermieden werden“ sollte.

Eine dieser Erwartungen leitet sich ab aus der einst durch die *Hamburg Port Authority* (HPA) behaupteten Notwendigkeit, die Schiffbarkeit der Mittel- und Elbe, insbesondere der sogenannten Elbe-Reststrecke zwischen Hitzacker und Dömitz, so zu verbessern, dass die ebenfalls durch die HPA behauptete ständig steigende Zahl der im Hamburger Hafen angelieferten Container, wenigstens zum Teil, aber umgehend, mit Hilfe von Binnenschiffen auf der Elbe ins Hinterland verfrachtet werden kann.

► Weniger Container als prognostiziert

Begründet wurde der Anspruch der ganzjährigen Schiffbarkeit lange Zeit mit dem rasanten Anstieg des Containerumschlags im Hamburger Hafen in den Jahren von 1991 bis 2001. Diese Steigerungsraten hatten bei

Fortschreibung der Prognose im Jahr 2004 offenbar dazu verführt, bis zum Jahr 2015 einen weiteren Anstieg auf das 2,4-Fache innerhalb von nur elf Jahren anzunehmen. Eine Grenze des Wachstums schien in der Hansestadt damals niemand für möglich zu halten. Mit der Weltwirtschaftskrise 2008 brachen die Werte allerdings dramatisch ein. Nach einem Tiefpunkt im Jahr 2009 hoffte man im Hafen darauf, dass sich die Lage wieder erholen würde – Zeit für eine neue Prognose, die der HPA vom *Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik* (ISL) auch gefälligst geliefert wurde und durch die Ankündigung einer Verdreifachung des Containerumschlags innerhalb der folgenden 15 Jahre zweifellos für überschwänglichen Optimismus sorgte. Drei Jahre später sah man sich angesichts der tatsächlichen Entwicklung allerdings genötigt, eine Korrektur vorzunehmen: Nur noch eine Verdopplung innerhalb von zwölf Jahren – mit einem dezenten Vermerk im Kleingedruckten, dass man von einer erfolgreichen Durchführung der Elbvertiefung ausginge und der Hoffnung sei, dass die Hamburger Bemühungen, auf internationaler Ebene die Größe der zukünftigen Neubauten der Hochsee-Containerschiffe zu begrenzen, zum Erfolg führen würden. Inzwischen ist klar, dass das Offenhalten der mittlerweile vertieften Elbe zwischen Hamburg und Cuxhaven enorme Probleme bereitet und dass eine Beschränkung der Größe von Containerschiffen vom Tisch ist. Schon mittelfristig werden die größten Car-

rier Hamburg nicht mehr anlaufen können und die Umschlagskapazität im Hafen zwangsläufig sinken. Dennoch gab es 2022 ein weiteres Gutachten der *Hamburg Port Authority* über die Entwicklung des Containerumschlags – das allerdings im grotesken Widerspruch zu den Gegebenheiten stand und immer noch eine Vordopplung des Containerumschlags bis 2035 vorhergesagte. Ein Alternativgutachten auch aus dem Jahr 2022 von Dr. Fels von der Universität Hamburg dagegen konstatierte ernüchternd, dass es schon als Erfolg zu sehen wäre, wenn der Hamburger Hafen seine Zahlen wenigstens halten könnte. Dazu passen die Anfang März dieses Jahres gemachten Angaben von *Hafen Hamburg Marketing*, dass im Jahr 2023 der Containerumschlag um weitere 4,7 Prozent gesunken sei. Man spricht von einem „dramatischen Wert“.

Aus Sicht der Hamburger Hafenverwaltung gab es also jahrzehntelang ein Problem: Wohin mit den vielen Containern? Der Platzbedarf, so befürchtete man damals, würde in jedem Fall weit über die Kapazität des Hamburger Hafens hinausgehen. Geplant war ein externes Verteilzentrum in Wittenberge in Brandenburg: Anlieferung der Container per Binnenschiff direkt aus Hamburg, Verteilung per Bahn, Schiff und LKW.

Inzwischen ist man in Hamburg zu einer realistischeren Einschätzung über die Kapazität des Hafens gekommen: „Den Teil der im Hamburger Hafen angelandeten Container, der über die Mittel- und Elbe in den Hafen von Wittenberge





verschifft werden sollte, von wo aus die weitere Verteilung geplant war, gibt es gar nicht!." Für Hamburg hat ein Ausbau der Mittelelbe – und damit der Reststrecke zwischen Dömitz und Hitzacker – mittlerweile an Dringlichkeit verloren. Die HPA spricht schon lange nicht mehr davon – aber die Behörden wollen von dem in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen verankerten Versprechen der Schiffbarkeit nicht abweichen. „Anordnung von oben“ heißt es auf Nachfrage, wobei das „oben“ nebulös bleibt. „Ganz oben“ aber, also bei der HPA, ist man, wie gesagt, längst weg von der Forderung nach Ausbau. Ein Bedarf für den Ausbau der Reststrecke ist schlicht nicht mehr gegeben.

► **Unberechenbares Verhalten der Elbe**

Trotz des stillschweigenden Abrückens des Hamburger Hafens von dem Projekt bleibt die Gefahr, dass stures Behördenhandeln der Reststrecke den Gar aus macht – mit dann notwendigerweise massiven Eingriffen in den Fluss, denn die Fahrrinnen-

tiefe der Mittelelbe ist nicht gerade leicht zu managen. Zum einen, weil sich durch die alternierenden Sandbänke im Bereich und flussabwärts der Reststrecke ein stetiger Wechsel in der Beschaffenheit des Flussbettes vollzieht und zum anderen, weil es Jahre gibt, in denen wochenlang (für die vergangenen Jahre kann man sagen: monatelang) gar nicht genug Wasser im Fluss ist. Dennoch gab es seinerzeit aus Hamburg die weitreichende Forderung eines Ausbaus der Mittelelbe mit einer garantierten Fahrrinntiefe von 1,40 Meter bezüglich des gleichwertigen Wasserstands.

Dazu gehört nicht nur, längs der gesamten Strecke diese 1,40 Meter tiefe und 50 Meter breite Rinne herzustellen (damit wäre die Garantie erfüllt), sondern – das kann allerdings nicht garantiert werden –, dass der Fluss genügend viel Wasser führt, so dass der Wasserstand in dieser Rinne auch tatsächlich 1,40 Meter über Grund ist. Um es zu verdeutlichen: Der gleichwertige Wasserstand (GIW) ist eine für jede Stelle des Flusslaufs aufgrund von langjährigen Beobachtungen definierte

Größe, die ihren Sinn darin hat, die lokale Schiffbarkeit längs des Flusses vergleichen zu können. Mit dem aktuellen Wasserstand, von dem wir wissen, dass er extremen Schwankungen unterliegt, hat das nichts zu tun. Deshalb sagen die „1,40 Meter unter GIW“ auch nur etwas darüber aus, wie die Beschaffenheit des Flussbettes ist, aber nichts darüber, ob genügend Wasser im Fluss ist. Die realen Verhältnisse sind nämlich starken zeitlichen Veränderlichkeiten unterworfen und von teilweise wochenlang anhaltenden Phasen von Niedrigwasser gekennzeichnet, während derer keine Schifffahrt stattfinden kann – daran würde auch eine perfekt gestaltete Fahrrinne von 1,40 Meter unter GIW nichts ändern!

Dieses Dilemma bliebe prinzipiell auch bestehen, wenn – wie im *Gesamtkonzept Elbe* für den Bereich der Reststrecke geplant – weitergehende, umfangreiche Umgestaltungen des Flusses vorgenommen würden, seien es Deckwerke, die wie eine Art Leitplanke die Breite des Flusses einschränken, oder vorgestreckte Bühnen, die das Wasser in die Flussmitte

links: Die Elbe bei Dömitz

vorherige Seite: größere Schiffe als die Ever Ace (hier im Hafen von Felixstowe, GB) werden Hamburg nicht anlaufen können

fokussieren, beides in der Hoffnung, dass die alternierenden Sandbänke zum Verschwinden gebracht werden könnten.

Man ist aber, trotz gewaltiger Fortschritte bei der physikalischen und numerisch-mathematischen Modellierung, noch weit davon entfernt, die zeitliche Entwicklung des Flussbetts und des damit verbundenen Fließverhaltens vorhersagen zu können.

Das ist übrigens auch bei der flussaufwärts gelegenen „Erosionsstrecke“ zwischen Mühlberg und der Saalemündung nicht gelungen, wo sich die Elbe trotz massiver künstlicher Zufuhr von Sand und Kies immer tiefer in ihren Untergrund eingräbt. Die Ursachen hierfür sind in teilweise weit zurück liegenden Maßnahmen wie Flussregulierungen, dem Bau von Talsperren und Staustufen im tschechischen Teil der Elbe beziehungsweise im Gebiet der Saale und anderer Nebenflüsse zu finden, durch die das Gleichgewicht zwischen Erosion und Sedimentation gestört wurde. Die Nachwirkungen sind auch noch nach Jahrzehnten zu spüren und können trotz intensivster Bemühungen immer noch nicht kompensiert werden. Besorgniserregend ist die Beobachtung, dass sich der Bereich mit der stärksten Erosion ganz allmählich flussabwärts ausbreitet. Ein solches sehr dynamisches Gleichgewicht zwischen Erosion und Sedimentation ist laut einer von Dr. Gudrun Hillebrand von der *Bundesanstalt für Gewässerkunde* (BfG) gemachten Aussage für den Bereich der Reststrecke über die zurückliegenden Jahre hinweg als „ausgeglichen“ zu bezeichnen. In dieses Gleichgewicht einzugreifen, um einem schon längst nicht mehr gegebenen Bedarf Genüge zu tun, hieße, ohne Not Prozesse zu initiieren, deren Folgen nicht vorherzusagen sind.

Ein Beispiel aus jüngster Vergangenheit zeigt, dass uns der Fluss immer wieder mit unvorhersehbaren Phänomenen überrascht. In ei-

nem Bericht der BAW von 2019 ist folgende Episode dokumentiert: Für den Flussbogen bei Wussel, der in der Regel gekennzeichnet ist durch das gängige Bild eines Gleithangs, also einer mächtigen Sandbank auf der Innenseite der Kurve, ergaben Peilungen, dass sich 2017 für einige Wochen eine völlig andere Situation eingestellt hatte: Die tiefe Rinne, die normalerweise am Prallhang, also auf der Außenseite der Kurve, anzutreffen ist, hat – unter Missachtung der anerkannten Regeln – die Seite gewechselt. Offensichtlich hat eine linksseitig flussabwärts wandernde Sandbank die Vertiefung des Prallhangs aufgefüllt und überhöht, wodurch die Strömung des Flusses umgelenkt wurde in Richtung der Innenseite und dort – gegen alle Regeln der Morphodynamik – eine Rinne gegraben hat. Eine solche Entwicklung durch bauliche Maßnahmen kontrolliert steuern zu wollen, ist fernab der auf dem Gebiet des Flussbaus gegebenen Möglichkeiten.

Professor Huber von der Bundesanstalt für Wasserbau bringt es in seinem eingangs erwähnten Artikel auf den Punkt: „Es ist der Bedeutung der Elbe angemessen und daher zu wünschen, dass einer umsetzungsorientierten und dem Lernen vom Fluss verpflichteten Vorgehensweise Vorzug gegeben wird vor einem auf die Erreichung eines illusionären Optimums ausgerichteten Prozess. Denn auch angesichts ehrgeiziger Ziele gilt: Der Planbarkeit dynamischer Systeme sind Grenzen gesetzt!“

Quellen
Gesamtkonzept Elbe
Bundesanstalt für Wasserbau
Bundesanstalt für Gewässerkunden
Hamburg Port Authority
Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik
eigene Recherchen

Die Reststrecke

In der Elbe-Reststrecke ist der Gewässerlauf zwischen den Bühnen links und rechts der Elbe etwa 50 Meter breiter als in den angrenzenden Streckenabschnitten stromab und stromauf. Kriegsbedingt wurde im 20. Jahrhundert in diesem Streckenabschnitt der Elbe die Bauwerksanpassung ausgesetzt und auch zu Zeiten der deutschen Teilung nicht mehr realisiert. Die für die schiffahrtliche Nutzung nur eingeschränkt regelungswirksamen Bauwerke führen in diesem Streckenabschnitt zu einem ungleichmäßigen Sedimenttransport. Eine Folge davon sind sehr große, wandernde Sandbänke, die sich im Gewässerbett stromab bewegen. Für die Schifffahrt besteht hier stets die Gefahr, auf Grund zu laufen. Bereits in den 1990er Jahren wurden von der *Bundesanstalt für Wasserbau* und der *Bundesanstalt für Gewässerkunde* Untersuchungen für ein wasserbaulich-ökologisches Konzept zur verkehrlichen Ertüchtigung der Reststrecke durchgeführt. Die Pläne für Maßnahmen zur Anpassung dieses Streckenabschnitts mit dem Ziel, die wiederkehrenden Ausbaggerungen zu vermeiden, wurden nach dem Hochwasser vom August 2002 auf Beschluss der Bundesregierung abgebrochen.

Kommentar

Um es klar zu sagen: Große Teile des *Gesamtkonzepts Elbe* (GKE), speziell diejenigen, die Reststrecke betreffend, sind ein Durchsetzungsprogramm von längst hinfälligen ökonomischen Interessen. Durch die Einbindung von Umweltverbänden und einer vorgeblichen Bürgerbeteiligung soll der Eindruck entstehen, dass dieses „Gesamtkonzept“ als Ganzes im Konsens mitgetragen würde.

An der Notwendigkeit eines Gesamtkonzeptes für die Elbe besteht aus ökologischer Sicht kein Zweifel, und unbestreitbar enthält das vorliegende GKE zahlreiche positive Ansätze. Aber dass jetzt von der Vielzahl der angestrebten Maßnahmen ausgerechnet der Ausbau der Reststrecke Priorität erhält, obwohl die Notwendigkeit hierfür längst nicht mehr gegeben und die Folgen nicht absehbar sind, lässt die anderen, teilweise durchaus positiven Intentionen zu Nebensächlichkeiten verkommen.

Dreieck als Endpunkt eines Kreises

Gut zehn Jahre ist es her, dass Greenpeace eines ihrer Schiffe an einen ungewöhnlichen Ort brachte: Seit 2013 steht die BELUGA im Wald bei den Gorlebener Atoanlagen. Der ehemalige STERN-Reporter und Chefredakteur der Seglerzeitschrift YACHT, Kai Krüger, erzählt seine Geschichte mit dem Schiff – und wie umfangreich die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg Anfang der 1980er-Jahre an Kauf und Umbau beteiligt war.

Wenn während der diesjährigen Kulturellen Landpartie am 17. Mai der Politische Freitag an den Atoanlagen bei Gorleben über die diversen Bühnen geht, dann geschieht das größtenteils auf einem dreieckigen Stück Rasen mitten im Wald: dem sogenannten Beluga-Dreieck zwischen dem ehemaligen Erkundungsbergwerk und dem immer noch in Betrieb befindlichen Zwischenlager. Mitten auf dem Dreieck ein Schiff: die BELUGA I, das ausgemusterte Missionsschiff der Umweltschutzorganisation Greenpeace.

Was niemand weiß im Wendland: Dass aus dem 1983 ausgemusterten und von Greenpeace billig erworbenen Bremer Feuerlöschboot überhaupt erst das Einsatz- und Laborschiff werden konnte, das da heute im Wald steht, ist finanziell zur Hälfte und tatsächlich wohl sehr weitgehend der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) zu verdanken. Oder, um genau zu sein, mir, dem alten BIKämpfer und -Mitglied, Kai Krüger.

► Beginn in der Küche von Monika Griefahn

Alles begann damit, dass die ersten deutschen Greenpeace-Aktivist:innen, Monika Griefahn, Harald Zindler und Gerhard „Wally“ Wallmeyer, mich, den damaligen STERN-Reporter Kai Krüger ausgeguckt hatten, ihren ersten Einsatz in Deutschland journalistisch zu begleiten. Dabei ging es um die geheimdienstlich aufgelegte Schornsteinerklimmung und 26 Stunden währende -besetzung im Hamburger Boehringer-Werk an der Andreas-Meyer-Straße im Industriegebiet Billwerder-Moorfleet. Die Aktion führte am Ende zur Schließung des Werks und zum auf immer sichtbaren und pflegebedürftigen Boehringer-Giftmüllberg am Hamburger Autobahnanfang Veddel/Georgswerder. Und sie führte anschließend zu meiner journalistischen Begleitung des ersten Europa-Einsatzes von Greenpeace auf See für den STERN. Das war an Bord der ersten RAINBOW WARRIOR im Nordatlantik gegen den Walfang zwischen Island und Grönland.

Die hiesigen Greenpeace-Gründer wollten mich danach zu ihrem Vereinsvorsitzenden machen, was an David McTaggart scheiterte, dem internationalen





Die BELUGA verläßt am 4.9.1997 Hamburg, um gegen die Wiederaufbereitung deutschen Atommülls im französischen La Hague zu protestieren.

Greenpeace-Chef und Leiter der besagten Walfang-Aktion. Er hielt einen Journalisten mit der Millionenreichweite des damaligen STERN an der Spitze eines Greenpeace-Landesvereins, das heißt mit Kenntnis aller Interna, für eine schlechte Idee. Und zwar für beide Seiten. Recht so, aber ich war drin in den Greenpeace-Anfängen, die in Monika Griefahns Küche in Hamburgs Saarlandstraße ihren aktiven Lauf nahmen.

► Konservative Segler helfen die BELUGA zu finanzieren

So berichtete ich auch in der YACHT, wo ich vor und nach dem STERN Chefredakteur und dazwischen Autor war, über Greenpeace und deren Aktionen aus erster Hand. Das führte 1984 in der YACHT zu meinen beiden Greenpeace-Berichten „Sie halten ihre Köpfe für uns alle hin“ und „Grüne Helden, grauer Alltag“. Anlass waren die damals von Greenpeace mit Frontfrau Griefahn auf allen Kanälen bekämpften Dünnsäure-Verklappungen in der Nordsee. Im ersten Bericht rief ich die Leser dazu auf, beim Deutschen Segler- beziehungsweise Motoryacht-Verband gegen Meereseinleitungen zu protestieren, was auch reichlich geschah. Im zweiten Artikel bat ich meine Leser:innen darum, für die frisch erworbene BELUGA zu spenden, in nachvollziehbaren Verrechnungsschecks. Das erbrachte die damals stolze

Summe von rund 400 000 Mark und damit die Hälfte des auf zunächst eine dreiviertel Million veranschlagten Um- und Ausbaueinsatzes für die BELUGA.

Die Verleger der YACHT ließen mir immer freie Hand. Aber ich wusste, dass sie angesichts der eher konservativen Leserschaft ein fettes Bauchgrimmen darüber hatten, überhaupt einen Artikel über diese damals noch recht ausgefransten Greenpeace-Leute zu bringen. Und dann noch groß aufgemacht und gleich in zwei Heften nacheinander. Umso mehr waren nicht nur sie vom unerwarteten Echo geplättet. Wer weiß, wie es ohne diese halbe Miete aus der Seglerschaft mit dem Feuerlöschboot weitergegangen wäre.

► Das BELUGA-Dreieck schließt den Kreis

Diese Feder stecke ich mir durchaus an den Hut. Und ich gebe sie gern weiter an die BI, in der ich ja zu der Zeit stark engagiert und aktiv war, von meinem damaligen Erst- und Familienwohnsitz in Thurau bei Woltersdorf aus. Alles hängt mit allem zusammen, und wenn ich die auf dem Gorlebener Dreieck als Mahnmal privatisierende BELUGA sehe, schließt sich für mich ein Kreis. Dieses Beluga-Dreieck mag äußerlich aus einem dreieckigen Stück Rasen im Wald bestehen. Inhaltlich besteht es – für mich jedenfalls – aus Greenpeace, BELUGA und BI.



Die Beluga nimmt 1984 ihren Dienst auf. Ausgestattet mit einem modernen Bordlabor, bietet die Beluga Aktivist:innen die Möglichkeit, in Gewässern Schadstoffmessungen vorzunehmen. Im Juli 1985 startet das Schiff zur ersten Aktionsfahrt auf dem Rhein. Seit Jahrzehnten leiten deutsche Konzerne wie Bayer und Böhlinger ihre Chemieabwässer ungeklärt in den Fluss. Die Beluga fährt nun auch entlang der Küsten von Nord- oder Ostsee und auf den europäischen Flüssen. Sie taucht überall dort auf, wo Großkonzerne die Umwelt verpesteten. Sie ist sogar auf den großen Seen Nordamerikas und dem Mississippi unterwegs.

Die Beluga begleitet immer wieder Missionen im Auftrag des Umweltschutzes. Sie ist dabei, als Shell 1995 die Ölplattform Brent Spar in der Nordsee versenken will.

In den Folgejahren nimmt das Schiff zu Protesten Kurs auf die Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague. Und vor der Küste Irlands, nahe der Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield, sammeln Greenpeacer an Bord erstmals Sediment- und Wasserproben. Diese bringen sie zur Analyse nach Hamburg. Es wird eine der größten Aktionen der Beluga.

Im August 2004 folgt der Wachwechsel. Ein neues Schiff, die Beluga II, nimmt seinen Dienst auf. Die alte Beluga dient bis 2010 als Schulungsschiff für Aktivisten, mit festem Liegeplatz in Hamburg. Seit Mai 2013 steht sie in Gorleben – vor dem Eingang zum Salzstock Gorleben, als Mahnung, dass der Salzstock als Atommüll-Endlager untauglich ist (Foto).

- Baujahr: 1960
- Im Einsatz für Greenpeace: 1985 bis 2004
- Schiffstyp: Feuerlöschschiff
- Heimathafen: Hamburg
- Länge: 23,7 Meter
- Geschwindigkeit: 12 Knoten
- Besatzung: max. 8 Personen

Einmaliges Beharrungsvermögen



Nach 13 Jahren endete am 11. März, dem Jahrestag des Super-GAU in Japan, die Tradition der „Fukushima Mahnwache“ in Dannenberg. Der ebenfalls langjährige Sonntagsspaziergang um das Bergwerk in Gorleben wird dagegen fortgesetzt, bis der Salzstock wieder verfüllt ist.

678 Mal trafen sich Frauen und Männer zur „Fukushima-Mahnwache“ auf dem Marktplatz in Dannenberg. Montags, Punkt 18 Uhr. Es wurde der Opfer des Erdbebens, des Tsunami und der Atomkatastrophe in Fukushima Daiichi gedacht. Ein – vorläufig letztes – Mal am 11. März, dem Jahrestag der Katastrophe. In Zukunft wird es „nur noch“ am 11. März eine Kundgebung geben, beschlossen die Teilnehmenden. „Damit endet eine Aktion, die nach unseren Recherchen weltweit fast einzigartig ist“, sagt dazu Wolfgang Ehmkke, Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Nur im Ostseebad Schönberg in der Kieler Bucht traf man sich ebenfalls mit großer Ausdauer zu einer Fukushima-Mahnwache.

Die BI hat diese Aktion zwar unterstützt, aber getragen wurde sie vom Widerstandsgeist und Beharrungsvermögen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst. Mal lag tiefer Schnee, mal war es schon frühlinghaft. Mal wurde in der Stadt auch mit Traktoren und vielen Menschen gegen die Atomkraft demonstriert. Mal wurde in einem kleinen Kreis bei

Kerzenschein auch nur geschwiegen. Die Amateurfotografen Ingrid und Werner Lowin hatten mit ihrer Kamera die 13 Jahre begleitet und dokumentierten am 11. März mit ihren Fotos, die an einer langen Leine baumelten, die bewegte Zeit.

Anfangs ging es um die direkten Folgen der Atomkatastrophe, die Evakuierungen. Ein wichtiger Punkt war die Beschwichtigungspolitik der japanischen Regierung im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen 2020, die als Schachzug gesehen wurde, um von der Reaktorkatastrophe abzulenken.

► Wirkung bis nach Japan

Im vergangenen Jahr wurde am Fukushima-Jahrestag in Lüchow demonstriert, weil die Betreiberfirma Tepco beantragt hatte, radioaktives Kühlwasser im Ozean zu verklappen. Es rückten immer wieder brennende atompolitische Themen in den Vordergrund – wie im März 2023: Die bange Frage war, wird der Atomausstieg in Deutschland doch noch einkassiert? Schon vor einem Jahr war

Thema, wie es mit dem Zwischenlager in Gorleben weitergeht, weil sich die Endlagersuche deutlich verzögert.

Dass es die Mahnwache gab, wurde auch in Japan von Widerstandsgruppen wahrgenommen, man tauschte nicht nur regelmäßig Solidaritätsadressen aus. Kerstin Rudek und Martin Donat waren für die BI auch vor Ort und am 11. März hielt Yu Kajikawa von der Gruppe Sayonara Nukes Berlin eine bewegende Rede auf dem Marktplatz in Dannenberg. Die Ärztin und Teilnehmende der Mahnwache, Elke Schrage, warnte dort in ihrem Redebeitrag vor den gesundheitlichen Auswirkungen der zivilen und militärischen Atomenergienutzung.

► über 750 Spaziergänge

Das Beharrungsvermögen des Anti-Atom-Protests im Wendland zeigt sich gerade auch an anderer Stelle. Am 17. März wurde das Gelände des ehemaligen Endlagerbergwerks zum 750-ten Mal umrundet. Über 40 Menschen versammelten sich gegen 13 Uhr. Diese Aktion begann, als sich abzeich-

nete, dass das 10-jährige Gorleben-Moratorium nicht verlängert wurde, ein Baustopp, der unter der schwarz-gelben Bundesregierung 2010 tatsächlich endete. Die Tradition wurde trotz des Atomausstiegs fortgeführt, auch aus der Befürchtung heraus, dass das Standortauswahlverfahren zur Endlagersuche ein Trick sei, um am Ende den Salzstock Gorleben doch als geeignet präsentieren zu können. Im Standortauswahlgesetz gab es nämlich ein „Gorle-

ben-Kapitel“, der Salzstock müsse bei jedem Schritt mitgeprüft werden. „Das war aber auch eine Chance für uns, wir hatten alle wissenschaftlichen Einwände zusammengestellt, die gegen den angezählten Salzstock sprachen“, erinnert sich ein Teilnehmer des Sonntagsspaziergangs. Mit Erfolg, diese Gefahr ist gebannt, seit die Bundesgesellschaft für Endlagerung im Oktober 2020 das Projekt begründet aussortiert hat. Bei den allsonntäglichen Spaziergän-

gen sind inzwischen erste sichtbare Fortschritte beim Rückbau des Bergwerks zu besichtigen. Die Initiatoren des Sonntagsspaziergangs wollen ihre Aktion so lange fortsetzen, bis das aufgehaldete Salz wieder unter Tage verbracht und das Bergwerk verfüllt ist.

„Hier schließt sich ein Kreis“, so Pressesprecher Ehmke. Den Blick richte man inzwischen auch auf die benachbarten Zwischenlager, die zu Langzeitlagern würden, solange es kein Endlager gibt.

Am 11. März hielt Yu Kajikawa von der Gruppe Sayonara Nukes Berlin eine sehr bewegende Rede auf dem Marktplatz in Dannenberg

Nun sind 13 Jahre vergangen seit der dreifachen Katastrophe in Fukushima. Die geopolitische Lage in der ganzen Welt hat sich seitdem radikal verändert. Wer hätte denn bis vor kurzem gedacht, dass man in Deutschland wieder anfängt, über eine atomare Aufrüstung zu reden und sich vor einem möglichen Atomkrieg zu fürchten. Alles, was wir gelernt zu haben glaubten nach Hiroshima und Nagasaki, Tschernobyl und Fukushima, scheint bei vielen Menschen in Vergessenheit geraten oder von anderen Ereignissen verdrängt zu sein. Es macht mich starr vor Verzweiflung und Ohnmachtsgefühl.

Zu Neujahr 2024 hat ein starkes Erdbeben die Halbinsel Noto in Japan heimgesucht. Genau dort an der Spitze der Halbinsel, wo das Epizentrum liegt, befindet sich die Gemeinde Suzu. Dort sollte ein Atomkraftwerk gebaut werden, der Bauplan wurde aber zum Glück vor 20 Jahren durch große Proteste aufgegeben. Damals hatte der Betreiber viele Infoblätter in der Gegend verteilt, auf denen Sprüche standen wie „absolut sicher auch im Fall eines großen Erdbebens“. (...)

Wo das AKW hätte gebaut werden sollen, hat sich die Landschaft nach dem Erdbeben massiv verändert durch Bodenverflüssigung, Risse und Klüfte im Boden und Bodenhebungen. (...)

Dabei betonen die Behörden und die Atomlobby immer eifrig, sie würden alle Regeln und Auflagen strikt einhalten, stets auf wissenschaftlicher Grundlage basierend. Ob sie uns aber wirklich schützen

im Fall der Fälle, steht auf einem anderen Blatt. Wir haben gesehen, dass die japanische Regierung nach der Nuklearkatastrophe gleich den Grenzwert der Strahlenbelastung im Raum Fukushima 20-fach erhöht hat, damit die Einwohner, auch Kinder und Schwangere, mehr Strahlung ausgesetzt werden „dürfen“. Somit waren eigentliche Sperrzonen offiziell zugänglich und bewohnbar, ohne dass der Grenzwert überschritten wird. Wie sollen wir also glauben, wenn dieser Staat mit der Absegnung durch die IAEA behauptet, wir verklappen gefiltertes Wasser aus Fukushima ins Meer, aber kein Grund zur Sorge, alles unterhalb der Grenzwerte und wissenschaftlich überprüft und kontrolliert, (...) obwohl verschiedene Radionuklide, nicht nur Tritium, nach dem Filtern im Wasser bleiben. (...)

Sie drehen sogar den Spieß um und unterstellen neuerdings denjenigen, die Bedenken vor Gesundheitsfolgen und Umweltverschmutzung äußern, sie würden den Ruf der Region Fukushima schädigen und den Wiederaufbau verhindern. So ist es für viele fast unmöglich, offen über ihre Ängste zu sprechen.

Vor drei Jahren hat sich der Bürgermeister einer kleinen Gemeinde am Rand von Hokkaido im Alleingang entschieden, sich als Kandidat des Endlagerstandortes zu bewerben. Es gibt drei Etappen zur Eignungsuntersuchung, und jedes Mal soll die Gemeinde eine große Summe Geld erhalten als Belohnung, egal ob sie am Ende als Standort gewählt wird

oder nicht. Seitdem ist diese Gemeinde gespalten. Es gibt eine Widerstandsgruppe dort, für die ihr bereits eine Solidaritätsbotschaft geschickt habt. In einer Woche soll ich für diese Gruppe einen Vortrag über die Geschichte eures Widerstandes halten, denn sie wollen von euch lernen. Also werde ich ihnen von eurem zivilen Ungehorsam und zahlreichen Aktionen erzählen, von eurem Widerstand als Gesamtkunst. Ich werde erzählen, dass ihr all die Jahre regelmäßig hier eine Mahnwache gehalten habt im Gedanken an Fukushima, denn ich möchte damit erreichen, dass die besorgten Bürger, die gegen das Endlagerbauprojekt in Hokkaido protestieren und die Gegner der Atomenergie in Japan Kraft schöpfen und sich ein Beispiel an euch nehmen können, um genauso beharrlich, unbeirrt und unermüdlich wie ihr den Widerstand zu leisten, bis die absurde Idee, aufgegeben wird, dort mit vielen geologischen Verwerfungen ein Endlager zu bauen und weiter auf Atomenergie zu setzen.

Von uns ist also sehr viel verlangt, trotz all der schlechten Nachrichten und der Politikströmung Hoffnungen und Optimismus zu bewahren und weiterhin Widerstand zu leisten. Aber das ist genau das, was wir von euch lernen: Ich danke euch deshalb nochmals für euer langjähriges Engagement, eure Ausdauer und eure Aufrichtigkeit. Dass es euch gibt, ist für mich ein großer Trost in der doch so oft trostlosen Welt. Ich fühle mich sehr verbunden mit euch. Vielen Dank!

Kulturelle Landpartie im Wendland

Seit 1989 öffnen Künstler:innen und Kunsthandwerker:innen jedes Jahr zwischen Himmelfahrt und Pfingsten ihre Hoftore und Ateliers, um im Rahmen der *Kulturellen Landpartie* zwölf Tage lang ihre Arbeiten zu präsentieren: von fast vergessenen Handwerkstechniken über Kuriositäten und Spezialitäten bis hin zu Avantgarde-Kunst.

Kunst- und Handwerk-Event an über einhundert Orten – die *Kulturelle Landpartie* lockt wieder ins Wendland. Seit über drei Jahrzehnten öffnen Künstler und Handwerker im Wendland zwischen Himmelfahrt und Pfingsten ihre Hoftore, Scheunen und Ateliers und präsentieren ihre Arbeiten. Von fast vergessenen Handwerks-Techniken bis hin zu moderner Kunst.

Zu dem Event der *Kulturellen Landpartie* (KLP) werden von Himmelfahrt bis Pfingstmontag wieder zehntausende Besucher:innen aus dem gesamten Bundesgebiet östlich der Lüneburger Heide erwartet, die dort das „Fest des Lebens und der Sinne“ feiern wollen. Dazu ist während der KLP an rund neunzig Ausstellungsorten und bei etwa eintausend einzelnen Veranstaltungen Gelegenheit. Rund 600 Teilnehmende bieten in Lüchow-Dannenberg's Wendland das, was die Organisatoren als „Vielfalt von hochklassiger, zeitgenössischer Kunst- und Handwerksarbeit bis zum liebevollen Dilettantismus“ zusammenfassen.

Malerei und Skulpturen in ehemaligen Ställen und Bauernhöfen, Theater und Musik in alten Scheunen, Kunsthandwerk und Bio-Essen auf alten Höfen. Häufig kann den Künstlern bei der Arbeit über die Schulter geschaut werden, wenn beim Bildhauer die Holzspäne fliegen und heißes Eisen unter dem Schmiedehammer in Form getrieben wird. Der ehemalige Kuhstall wird zum Laufsteg für außergewöhnliche Modeschauen. Vorbei an Storchennestern und uralten Dorfeichen, über einspurige Landsträßchen und gepflasterte Höfe führt die Gäste der Weg von einem Rundlingsdorf zum anderen, von einem Ausstellungsort der *Kulturellen Landpartie* zum nächsten.

Übrigens: Die KLP funktioniert ohne PR-Agentur, ohne öffentliche Zuschüsse oder Werbeeinnahmen, Geschäftsführer und Jury. Wie in den Anfängen zu den Hochzeiten des Gorleben-Protests, wird das Event ehrenamtlich und basisdemokratisch organisiert.





KLP-Veranstaltungen der Bürgerinitiative

Alle Veranstaltungen sind ohne Eintritt. Spenden sind aber hoch willkommen!

Lesung: „Das Wunder von Gorleben“

Lesung (Essay) mit anschließendem Rundgang an den Atomanlagen mit Wolfgang Ehmke

Do., 9. Mai – 15.30 Uhr – Atomanlagen bei Gorleben

Sa., 18. Mai – 13.00 Uhr – Atomanlagen bei Gorleben

Vortrag: „Nach dem Atomausstieg: Wie geht es weiter mit der Endlagersuche und den Zwischenlagern?“

Vortrag zum Standortauswahlverfahren mit Wolfgang Ehmke

Fr., 10. Mai – 13.00 Uhr – Atomanlagen bei Gorleben

Vortrag: „Gelebte Geschichte – Historischer Abriss des Gorleben-Protests“

Das Gorleben Archiv gibt einen Einblick in die Historie der Auseinandersetzung um Gorleben.

Fr., 10. Mai – 15.30 Uhr – Atomanlagen bei Gorleben

So., 19. Mai – 11.00 Uhr – Atomanlagen bei Gorleben

Vortrag: „Die Atomanlagen – Wissenswertes zur Widerstandsgeschichte und der aktuellen Situation“

Vortrag mit anschließendem Rundgang an den Atomanlagen mit Wolfgang Ehmke

Sa., 11. Mai – 13.00 Uhr – Atomanlagen bei Gorleben

Vortrag: „Atommülllagerung – Technische Herausforderungen“

Fragen und Antworten mit der Fachgruppe Radioaktivität der BI

Sa., 18. Mai – 15.30 Uhr – Atomanlagen bei Gorleben

Vortrag: „Die Atomanlagen Gorleben – Wissenswertes über die Atomanlagen und den Protest dagegen“

mit Elisabeth Hafner-Reckers

So., 12. Mai – 15.30 Uhr – Atomanlagen bei Gorleben

So., 19. Mai – 15.30 Uhr – Atomanlagen bei Gorleben

Andacht: „Gorlebener Gebet: Bleibet hier – wachet und betet!“

Seit 1989 gibt es an jedem Sonntag eine ökumenische Andacht an den Kreuzen im Wald bei Gorleben.

So., 12. Mai – 14.00 Uhr – Gorleben-Kreuze nahe den Atomanlagen bei Gorleben

So., 19. Mai – 14.00 Uhr – Gorleben-Kreuze nahe den Atomanlagen bei Gorleben

Aktion: „Sonntagsspaziergang“

Protest-Spaziergang um das Bergwerk Gorleben – 2,3 Kilometer. Zeit für Austausch, Hintergründe und Motivation. Vor kurzem fand der 750. Spaziergang statt.

So., 12. Mai – 13.00 Uhr – Atomanlagen bei Gorleben

So., 19. Mai – 13.00 Uhr – Atomanlagen bei Gorleben

BI unterwegs

Mit zahlreichen Infokästen und Materialpunkten sind wir an diversen Wunde.r.punkten präsent

Informationen: „Info-Zelt auf der Mützingenta“

Mit unserem großen Info-Zelt gastieren wir wieder auf der Mützingenta in Mützingen. Neben zahlreichen aktuellen Informationen stehen wir jederzeit für Fragen zur Verfügung. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich unsere Textilien mit der Wendlandsonne.

täglich – 11.00 bis 19.00 Uhr – Mützingenta, Mützingen

Programm und Infos: www.muetingenta.de

Beluga#24, der Politische Freitag: Redner:innen, DJ-Sets, aussagekräftige Bands

Pfingstfreitag, 17. Mai – ab 14 Uhr – Beluga-Dreieck nahe den Atomanlagen bei Gorleben

Programm und Infos: www.beluga-dreieck.de



Konzertante Lesung und Hörbuch für alle

Montag, 15. April, 19.30 Uhr, Centrankomitee, Hamburg

Zum ersten Jahrestag des Atomausstiegs würdigt ein Dutzend namhafter Künstler:innen und Zeitzeug:innen mit einer konzertanten Lesung die außerparlamentarische Anti-Atom-Bewegung, die das endgültige Abschalten über ein halbes Jahrhundert erkämpft hat.

Es wird ein erlesenes Ensemble, das beim Hamburger Literaturfestival *Lesen ohne Atomstrom* auf der Bühne zusammenkommt: Die vielfach preisgekrönten Film- und TV-Stars Barbara Auer, Johanna Christine Gehlen, Anna Thalbach, Sebastian Bezzel, Johann von Bülow und Walter Sittler mit Blues-Legende Abi Wallenstein und Pianist Günther Brackmann sowie Aktivist:innen verschiede-

ner Generationen wie Hanna Poddig, Eva Stegen, Wolfgang Ehmke und Henning Venske präsentieren ihr Hörbuch *Ziviler Ungehorsam schaltet Deutschlands Atomkraft AUS!* am 15. April im Hamburger Theater *Centrankomitee*. (Einlass: 19.00 Uhr, Beginn: 19.30 Uhr)

Nach dem Bühnenevent ist das neue Hörbuch online abrufbar und kann zudem als CD kosten-

los bestellt werden. Festival-sprecher Frank Otto: „Die Abschaltung des letzten Meilers war ein zivilisatorischer Meilenstein, der nur möglich geworden ist durch das jahrzehntelange Engagement Hunderttausender Aktivist:innen. Das würdigt *Lesen ohne Atomstrom* mit dem Hörbuch und vor allem einem Live-Arrangement, das nur dieses eine Mal auf die Bühne kommt.“

Solidarisch bleiben

Freitag, 17. Mai, ab 14 Uhr, Beluga-Dreieck, Gorleben

Während der diesjährigen **Kulturellen Landpartie im Wendland** wird es am Freitag vor Pfingsten den „**Politischen Freitag**“ auf dem **Beluga-Dreieck** an den **Atomanlagen bei Gorleben** geben.

Nach 40 Jahren Kampf gegen ein Atommüll-Endlager in Gorleben schicken Aktivist:innen aus dem Wendland jetzt ein eigenes Boot zur Unterstützung der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer. Seit Ende August 2023 hilft das *CompassCollective* bei der Rettung von Flüchtenden. Sprecher Jan Becker: „Der Kampf gegen ein Endlager in Gorleben ist gewonnen. Der Atommüll steht im unsicheren Zwischenlager – das be-

halten wir immer im Blick. Doch wir wenden uns anderen großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu: der Flüchtlingskrise und dem Sterben im Mittelmeer. Dem Rechtsruck in Deutschland und dem Rechtsextremismus mit all seinen Facetten in unserer Nachbarschaft. Aber auch die Klimakrise und ihre Folgen werden wir in den Fokus des ‚Politischen Freitags‘ in Gorleben stellen. Wir gehen an diesen Ort, der

wie kaum ein anderer für erfolgreichen, gesellschaftlichen Widerstand steht. Wir knüpfen mit diesen wichtigen Anliegen an die Tradition von 40 Jahren Protestgeschichte an. Wir wollen sichtbar sein, wir wollen was bewegen, wir wollen was verändern.“

Mit den Überschüssen des „Politischen Freitags“ wollen die Organisatoren den Betrieb des Rettungsschiffs *Trotamar III* unterstützen.

Politischer Freitag – Das Programm

Mal Élevé

Seine Beatwellen bringen die Beluga zum Schaukeln! Erst als Teil von Irie Révoltés, jetzt Solo-Projekt, bewegt er seit Jahren nicht nur unsere Füße, sondern auch Vieles in unseren Köpfen. Er steht für eine Welt ohne Grenzen, ohne Hierarchien und ohne Ausbeutung!

Gastone

Er bietet euch mal zu dritt, zu fünft oder auch zu siebt ein grandioses Bühnenerlebnis mit anregendem Balkan/Folkore/Pop/Polka/Ska.

Moritz Neumeier

Neumeiers Stand Up Comedy zu beschreiben ist nahezu unmöglich. Er springt von abstrusen Fantasien zur harten Realität, verpackt seinen Alltag in unverfälschte und derbe Sprache.

Marlo Großhardt

Marlo hat etwas zu sagen, hat Haltung, einen klaren Blick – aber auch eine Sehnsucht nach dem guten Ende. Der zweiundzwanzigjährige Hamburger packt seine kritischen Texte in ein poetisches Singer-Songwriter Pop-Gewand, das nie kuschelig gerät.

Nenad

Vom klassischen Akkordeon bis hin zum Techno-Akkordeon, beim Hamburger Nenad Nikolic ist alles möglich. Sein Motto: „Alles ist 100% handgemacht“. Also, keine automatische Begleitung, keine Rhythmusmaschine. Jede einzelne Note wird von ihm „live“ gespielt, für alle sichtbar.

Heja Netirk

Hêja ist Produzentin, Schauspielerin und Sängerin aus Mardin, Türkei. 2016 wurde sie dort aus politischen Gründen inhaftiert. 2018 floh sie vor weiteren Haftstrafen nach Deutschland. 2020 veröffentlichte sie ihr erstes Musikalbum „Stranên Nesustî“.

Tom Liwa

Er tritt auf mit seiner LEUCHTURMBAND, die zu großen Teilen auch EINE ANDERE ZEIT einspielte, sein noch aktuelles Album, vom deutschen Rolling Stone zur Platte des Jahres 2021 gekürt.

Mittel zum Zweck

Das anarchistisches Brachial-entertainment aus Lüneburg mit Akkordeon, Schlagzeug, Bass und E-Gitarre gehört so lang-

sam ein bisschen zum „Guten Ton von Gorleben“. Hier gibt es Klare Kante!

Brexit Colada

Das Musik- und Theaterduo aus Hamburg lässt durch erfrischende Lyrik Hochkultur mit Popkultur kollidieren und stellt elementare Fragen an die bröckelnde Gesellschaft auf einem ächzenden Planeten.

Chaos Variété

Einmalig ist das Spiel miteinander, mit dem die zwei Akteure ihre Nummern verbinden. Keine Gelegenheit wird ausgelassen die Show ins Chaos zu stürzen.

Krass e. V. Lüneburg

KRASS besucht Kinder und Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrung in Form eines offenen Ateliers. Angeboten wird in Gorleben ein buntes Kinder-Mitmach-Programm zwischen 15 und 18 Uhr.

Xamba

... liefert brasilianischen Trommelgenuss vom feinsten mit einer ordentlichen Prise Humor und Bewegung. Dabei sein, Tanzen und Spaß haben!

Eine Mogelpackung



Der Solarenergie-Förderverein Deutschland kritisiert die neue Kraftwerksstrategie der Bundesregierung und nennt sie eine „Mogelpackung“. Dieses Konzept zementiere die Abhängigkeit von Importen fossiler Brennstoffe und trage weiter zur menschengemachten Erderhitzung bei. Von Dr. Rüdiger Haude

Unmittelbar nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine Anfang 2022 legte sich die Bundesregierung darauf fest, die drohende Energiekrise durch Erdgas-Importe abzuwenden. Lieferverträge bis weit in die 40er-Jahre wurden mit fragwürdigen Partnerländern abgeschlossen. Umweltfreundliche Alternativen – zum Beispiel ein Notprogramm zur Errichtung von Windkraftanlagen an Land – wurden nicht ernsthaft erörtert. Nun sollen die Kraftwerke gebaut und mit beträchtlichen Steuermitteln subventioniert werden, die diese Mengen des Fossil-Brennstoffs verfeuern müssen.

Die Politik spricht zwar davon, die neuen Kraftwerke sollten „H2-ready“ ausgelegt werden und „ab 2035 bis 2040“ auf die Verbrennung von grünem (oder auch andersfarbigem) Wasserstoff umgestellt werden. Diese Annahme ist, auch abgesehen von den Erdgas-Lieferverträgen, sehr gewagt. Um die benötigten Mengen an Wasserstoff herzustellen, wird ein Vielfaches an Energie eingesetzt werden müssen – überwiegend wiederum in Ländern, die nicht unbedingt Versorgungssicherheit garantieren. Und selbst wenn die Erzeugungsanlagen in weniger als zehn Jahren errichtet werden könnten, wäre dies eine besonders teure und ineffiziente Lösung. Zudem soll die Technik der Ab-

scheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) nach dem Willen der Bundesregierung nun auch bei der Stromerzeugung angewendet werden. Kritiker dieser Technik finden sich bestätigt, dass CCS als Rechtfertigung dafür dienen soll, weiter fossile Brennstoffe aus dem Boden zu holen: Die Büchse der Pandora ist geöffnet.

Diese „Technologieoffenheit“ lässt die Bundesregierung nun sogar von der Kernfusion schwärmen. Sie sei eine „riesige Chance für Klima, Energie, Wachstum“. Tatsächlich handelt es sich dabei um eine riesige Mittelverschwendung, denn das Klima muss heute geschützt werden; dafür taugt keine Technologie, die bestenfalls in 30 Jahren, womöglich aber nie einsatzfähig sein wird.

Diese ganze Fokussierung auf Erdgas, CCS und Kernfusion zeigt, auf welche Akteure die Bundesregierung setzt: auf die Energiekonzerne, deren bisheriges Geschäftsmodell uns die Probleme beschert hat, mit denen wir jetzt zu kämpfen haben. Alle diese „Lösungen“ verschlingen Unsummen an Steuergeldern, die für den Ausbau von Erneuerbaren Energien und Speicherkapazitäten fehlen. Und sie kommen alle zu spät.

So blendet die Bundesregierung aus, dass es bessere Alternativen gibt. Die sogenannte Dunkelflaute, die bei einer Stromversor-

gung durch Sonne und Wind zu einem Versorgungsproblem führen könnte, ließe sich ohne Weiteres durch ein ambitioniertes Stromspeicherprogramm vermeiden, das den Schwerpunkt auf Batterie-Systeme legt. Dies wurde in verschiedenen Studien durchgerechnet, nicht zuletzt in der 2021 von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin vorgelegten Studie „Solarstromausbau für den Klimaschutz“. Durch die Regionalisierung eines solchen Systems, das auch das bidirektionale Laden von Auto-Batterien einbeziehen sollte, könnte eine viel resilientere Stromversorgung gewährleistet werden als durch neue Großkraftwerke.

Der von der Bundesregierung nun angedachte Kapazitätsmarkt wird auch bei einer solchen klimaschonenden Lösung benötigt werden. Er sollte so konzipiert werden, dass netzdienliche Speicher besonders unterstützt werden. Flankierend könnte auch ein Markt für industrielles „Demand-Side-Management“ etabliert werden, wonach energieintensive Anlagen Geld für die netzdienliche Leistung erhalten, im Falle einer Dunkelflaute nicht zu produzieren. Von solchen oder anderen Flexibilitätsoptionen ist im jetzigen Papier der Bundesregierung aber überhaupt keine Rede mehr.

Die Schwarzen verstehen etwas von Wirtschaft, die Roten von den Nöten der Arbeiter, die Grünen retten die Umwelt. Einfache Weltbilder erleichtern Wahlen. Aber sie sind kein guter Beitrag zum politischen Diskurs. Von Nikolas Peschel

Meinung

Issue Ownership

Als „politische Postkutschenzeit“ bezeichnete einst Lorient (Vicco von Bülow) die politische Problemauffassung nach den Denkmustern „links“ und „rechts“ – und deutete, äußerlich wie immer ganz Aristokrat, ein Beispiel an, das aufhorchen lässt: Die Rohstoffverknappung, das Ende des Öls, dessen Folgen keinen parteipolitischen Kanon, sondern „richtiges“ Handeln erforderten. 1979 war das. Es ist demnach 45 Jahre her, dass ein Angehöriger der besseren Gesellschaft, der sich privat vermutlich jeden Luxus hätte leisten und sich auf ein humoriges „Nach mir die Sintflut“ zurückziehen können, einerseits vor Umweltproblemen und andererseits davor warnte, diese Probleme aus parteipolitischer, aus Lagersicht anzugehen. Im Gegenteil: Gerade auf die Kernenergie bezogen konstatierte er bei einer anderen Gelegenheit, ein Dafür oder Dagegen sei eigentlich keine Frage des klassischen politischen Lagers, und so sollten aus seiner Sicht auch andere Fragen konkret und nicht parteipolitisch behandelt werden.

Warum tat er das? Weil er das vermeintlich ausdifferenzierte Hickhack der damaligen Parteienlandschaft durchschaute: Programme, die eine Vielzahl von Positionen enthielten und ihre Anhängerschaft verpflichteten, B zu sagen, nur weil A gesagt wurde, führten in bestimmten Bereichen zu falschen beziehungsweise gänzlich ausbleibenden Maßnahmen. Stattdessen entwarf Lorient eine Politik, die tatsächlich themenbezogen statt „auf Linie“ ist.

Knapp 50 Jahre später zeigt sich politisches Handeln leider immer noch nicht so ausgewogen, wie man es sich wünschen würde: Würde eine Talkmasterin in Deutschland einen Wirtschaftsexperten von der Linkspartei einladen, einen Migrationspolitiker von der FDP und einen Gewerkschafter von der AfD? Wohl kaum; der Wirtschaftler käme vermutlich von FDP oder CDU, der Gewerkschafter von den Linken und zu Migration würde eher die AfD

befragt werden – die Expertise dieser hypothetischen Runde sei freilich dahingestellt.

Für diese unterschwellige Besetzung eines bestimmten Themas durch eine bestimmte Gruppe gibt es in der Politikwissenschaft den Begriff der „issue ownership“, und der dahinterstehende Mechanismus ist gefährlich: Weil eine Partei verstärkt mit Thema A assoziiert wird, tut sie gut daran, ihr Profil nicht zu erweitern, sondern im Wahlkampf und im Parlament eben genau dieses Thema zu bedienen. So entsteht der Charakter einer selbsterfüllenden Prophezeiung.

Es passiert zweierlei: Erstens kristallisiert sich in der öffentlichen Wahrnehmung heraus, Thema A erfordere immer auch Lösung A – weil die A-Partei stets dazu gehört wird und natürlich immer Lösung A anbietet. Zweitens bleiben in anderen Parteien vorhandene Potenziale das Thema A betreffend ungenutzt – eben weil sie der B-, C- oder D-Partei angehören.

Das Problem dabei ist, um mit Lorient zu sprechen, dass die A-Partei möglicherweise nicht die „richtige“ Lösung (im Sinne von: wissenschaftlich geboten) für Problem A hat. Das Ergebnis ist eine sich selbst verstärkende Verarmung und Kategorisierung der politischen Themenlandschaft – nebenbei bemerkt ein idealer Nährboden für Polarisierung, die ja eben genau von der sich zuspitzenden Herausbildung zweier möglichst leicht verständlicher Pole lebt.

Dabei täte es doch dem lebendigen Diskurs gerade gut, wenn möglichst viele Kräfte mit möglichst vielen unterschiedlichen Themen assoziiert würden. Doch das ist nicht so: Die *issue ownership* führt geradezu in ein *ownership issue*: Wer zu Thema A am meisten sagt, am lautesten dafür oder dagegen ist, dem wird auf diesem Gebiet Kompetenz zugesprochen, oft unbewusst: Wer reich erbt und das entsprechend zeigt, dem wird eher wirtschaftliche Kompetenz zugesprochen als dem Bürgergeldempfänger, der mit begrenzten Mitteln mög-

licherweise sehr viel besser wirtschaften kann.

Es entsteht also im Grunde eine politische Landschaft der Oberflächlichkeiten, der Polit-Labels, wie ein schlechtes Dialogsystem am Telefon, bei dem man am Ende bei einem ähnlich klingenden Anliegen herauskommt, das aber überhaupt nichts mit dem Ausgangsproblem zu tun hat.

Dieser Mechanismus kann die, die sich zu einem bestimmten Label bekennen, zu ideologischer Folgsamkeit verleiten und sie verdrängen lassen, wie nicht nur sie die Themensetzung der eigenen Gruppe beeinflussen, sondern auch umgekehrt die programmatische Gemengelage ihrer Gruppe sie selbst in ihren übrigen Überzeugungen formt - frei nach Amazon: „Kunden, die X kauften, haben auch Y gekauft“.

Er kann aber auch den jeweiligen politischen Gegner, also jemanden, der für das gleiche Problem eine andere Lösung anbietet, zu einer pauschalisierenden Beurteilung verleiten: „Du hast X gekauft, dann wirst du bestimmt auch Y gekauft haben!“

Die Ineinssetzung des eigenen Hintergrundes und der politischen Überzeugung ist ein in der Dramaturgie von Wahlkämpfen begründeter Trugschluss jeder politischen Realität, in der Glaubwürdigkeit und tatsächliche Kompetenz auseinanderdriften – gerade die Geschichte des Widerstandes im Wendland zeigt, wie fruchtbringend es sein kann, offen und ohne Ansehen der Identitäten und übrigen Überzeugungen für eine konkrete Sache zu streiten.

Trotz all der Pulverfässer, die derzeit überall im innen- wie außenpolitischen Diskurs verstreut liegen – Nahostkonflikt, Agrardiesel-Subvention, Ukraine-Krieg, Mobilität, um nur einige zu nennen – gilt weiterhin: Argumente entschärfen jeden Konflikt, und wer keine hat, sollte den Reiz unterdrücken, ein Thema fachkundig besetzen zu wollen. Nichtwissen macht nichts – Nichthandeln hingegen schon, denn schließlich geht der Spruch eigentlich: An ihren *Taten* sollt ihr sie erkennen.



Abgeholzt wird schon genug

Weniger abholzen, neu pflanzen. Wilma Wallat hat mit Akteuren einer Baumpflanzaktion der Dorfgemeinschaft Klennow/Neritz gesprochen.

Es wäre doch schön, wenn im öffentlichen Raum weniger Bäume abgeholzt und stattdessen neue gepflanzt würden. Ein Gedanke, der Udo Schulz, Leiter des Amtes für Bauen und öffentliche Ordnung in der Samtgemeinde Lüchow, vor einigen Jahren umtrieb. Im Jahr 2022 war es schließlich so weit. Der Gedanke fand Eingang in den Haushalt der Samtgemeinde: Für Baumpflanzungen im öffentlichen Raum wurden Mittel in Höhe von 50 000 Euro eingestellt. Zugang zu diesem Geld sollte den Gemeinden oder Schulprojekten der Samtgemeinde Lüchow erhalten, die in ihren Dörfern an öffentlichen Wegen Bäume pflanzen und sich um deren Pflege kümmern wollten.

Von dieser Neuerung erfuhren die „Dorfaktiven“ aus Klennow und Neritz, und schon war deren nächste Aktion – nach der Initiative KleNe Energie (Gorleben Rundschau berichtete) geboren. Udo Schulz, der Ansprechpartner der Samtgemeinde zu diesem Thema, informierte über die ziemlich niedrigschwelligen Formalitäten, um Gelder für neue Bäume zu beantragen. Denn Verwaltung kann auch unbürokratisch sein: Anträge können telefonisch oder per Mail gestellt werden, und die Pflanzstandorte müssen auf öffentlichem Grund innerhalb der Samtgemeinde liegen. Pro Baum gibt es von der Samtgemeinde maximal 100 Euro für



Elsbeere

die Anschaffung und das nötige Material zur Pflanzung. Es sollten möglichst einheimische Bäume sein, und sie sollten bei örtlichen Anbietern bezogen werden. Diese können sogar direkt mit dem Amt abrechnen. Gemeinsam suchte die Gruppe nach öffentlichen Wegen im Umkreis der beiden Dörfer und wur-

de fündig. Der genaue Standort der zu pflanzenden Bäume musste allerdings noch mit dem Landwirt, an dessen Feld der Weg lag, abgestimmt werden, Abstände zum Acker, Feldrain und zu den Auffahrten für Landmaschinen mussten festgelegt werden.

Dann schaffte die Gruppe 22 Bäume an: eine Mischung alter heimischer Obstsorten, auch seltener, wie Elsbeere und Speierling. Und dann ging's los: Es startete die Baumpflanzaktion am Feldweg zum „Osterfeuerberg“ neben Klennow und Neritz. Dorfbewohner:innen unterschiedlichen Alters aus beiden Dörfern gruben Pflanzlöcher, setzten Bäume ein, bewässerten. Eine Aktion, die das Gemeinschaftsgefühl der Dörfer weiter gestärkt hat! Auch für die regelmäßige Pflege – das Wässern und Beobachten des Anwachsens – fand sich eine Gruppe von Freiwilligen.

Die Pflanzaktion hat neben dem Gemeinschaftsaspekt noch andere positive Auswirkungen: Die anliegenden Felder profitieren vom Insektenzustrom, die Bäume reduzieren die Erosionsanfälligkeit der Böden, und nachfolgende Generationen werden dereinst sogar die Früchte ernten können. Und: Bäume sind Klimaschutz!

Info für Nachahmer:innen: der Baumpflanzetat für 2024 steht noch zur Verfügung, so Udo Schulz. Interessent:innen können sich direkt an die Samtgemeinde wenden.



Am 7. November 2004 ziehen Atomkraftgegner:innen in Langendorf mit einer Pferdeprozession an Räumfahrzeugen und Wasserwerfern der Polizei vorbei. Sie demonstrieren gegen den am Tag zuvor in La Hague gestarteten Transport von zwölf Castorbehältern. Der Atom Müll erreicht nach über 60 Stunden Transportzeit am 9. November das Zwischenlager in Gorleben.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow

Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr

☎ 05841 - 4684

buero@bi-luechow-dannenberg.de

www.bi-luechow-dannenberg.de

beluga#24

Politischer Freitag während der KLP

17. Mai, ab 14 Uhr, Beluga-Dreieck

Atomanlagen, Gorleben



Mal Élevé • Gastone • Marlo Großhardt • Moritz Neumeier • Nenad • Heja Netirk • Tom Liwa
Mittel zum Zweck • Brexit Colada • Chaos Varieté • KRASS • Xamba • u. v. m.

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name Vorname

Straße Hausnummer

PLZ, Ort E-Mail

Datum Unterschrift

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (4 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber Name der Bank

BIC IBAN

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.